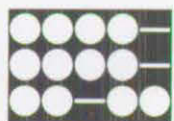


Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

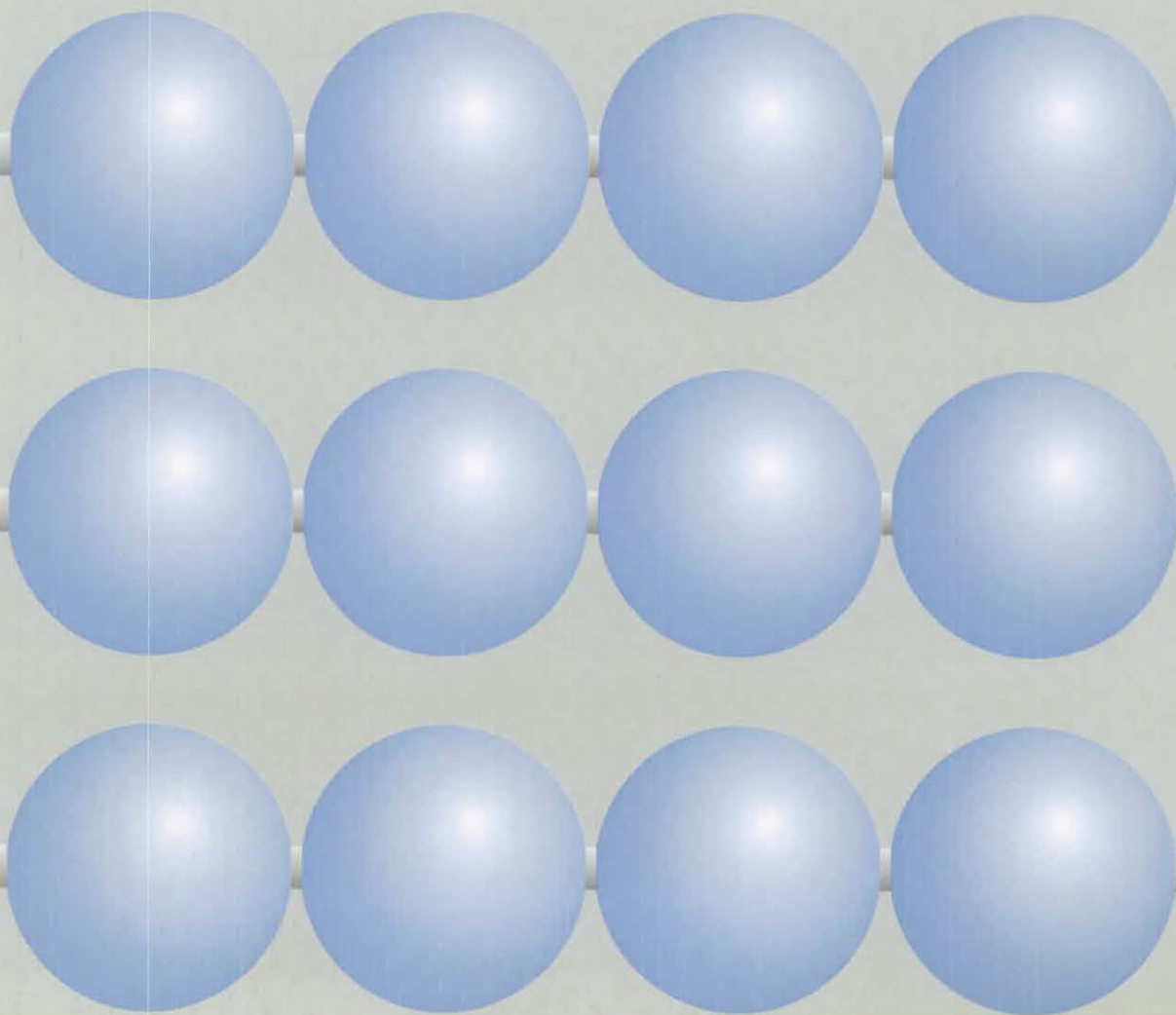


Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein



49. Jahrgang, Heft 11/12, November/Dezember 1997

**Statistische Monatshefte
Schleswig-Holstein**



Herausgeber:
Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
Postfach 1141
24100 Kiel

Telefon (0431) 6895-0
Telefax (0431) 6895 498
T-Online/Btx ✉ 444 50 #

Schriftleitung:
Bernd Struck
App. 286

Vertrieb:
App. 280

Druck:
Schmidt & Klaunig, Kiel

Gedruckt auf chlorfrei
gebleichtem Papier

Erscheinungsfolge monatlich

Auflage 650

Einzelheft DM 4,-
Jahresbezug DM 40,-

Erfüllungsort und
Gerichtsstand Kiel

Nachdruck,
auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe
gestattet.

ISSN 0947-7373

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

49. Jahrgang • Heft 11/12

November/Dezember 1997

Inhalt		
• Kurz gefaßt		218
• Aufsätze		
Bevölkerung		221
	Der Autor zeigt die Gründe der Bevölkerungsentwicklung Schleswig-Holsteins nach dem 2. Weltkrieg auf, beschreibt die Bevölkerungsdichte und den Ausländeranteil und analysiert zum Schluß den Altersaufbau der schleswig-holsteinischen Bevölkerung.	
Gesundheitswesen		225
	In diesem Beitrag werden der Aufbau, die Aufgaben und die Leistungsarten des Gesundheitswesens vorgestellt sowie das Angebot der Pflegedienste, der Krankenhäuser, der Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen wie auch die Funktion des Krebsregisters erläutert.	
Gesundheit/Krankheit		227
	Nach der Definition der Begriffe Gesundheit und Krankheit skizziert die Autorin die Ergebnisse einer Umfrage zum Gesundheitszustand der Bevölkerung. Im weiteren werden die rückläufige Entwicklung der Seuchen sowie die häufigsten Krankheiten und Todesursachen in Schleswig-Holstein aufgezeigt.	
Landtagswahlen		229
	Dem Leser werden die Bedeutung des Landesparlaments und die wesentlichen Merkmale des schleswig-holsteinischen Wahlrechts dargelegt. Ausführlich beschreibt der Autor die Stimmenverteilung auf die Parteien im Schleswig-Holsteinischen Landtag seit 1947.	
Sozialhilfe		232
	Der Beitrag gibt einen Überblick über Zweck und Arten der Sozialhilfe sowie über die Entwicklung und Struktur der Ausgaben. Der Leser erfährt auch, wer Sozialhilfe empfängt und wie den Asylbewerbern geholfen wird.	
Jugendhilfe		235
	Neben den gesellschaftlichen und politischen Zielen der Jugendhilfe werden in diesen Beitrag vor allem die Bedeutung der Kindertagesstätten und der Hilfe zur Erziehung als Teile der Jugendhilfe herausgestellt.	
Einkommen und Einnahmen sowie Ausgaben privater Haushalte		237
	Die Ergebnisse der Einkommen- und Verbrauchsstichprobe 1993 zeigen die Struktur und die Entwicklung der Einkommen und Ausgaben der schleswig-holsteinischen Haushalte auf, und zwar gegliedert nach der sozialen Stellung der Haushalte sowie nach Güter- und Dienstleistungsgruppen, für die die Einkommen verwendet wurden.	
Bruttoinlandsprodukt, Bruttosozialprodukt und Bruttowertschöpfung		240
	Die drei Begriffe werden definiert, gegenseitig abgegrenzt und als Indikatoren für die Leistung einer Volkswirtschaft vorgestellt. Anhand der Bruttowertschöpfung beschreibt der Autor unter räumlichen wie auch unter sektoralen Aspekten die Wirtschaft Schleswig-Holsteins 1994.	
• Entwicklung im Bild		243
• Beilage		
	Zahlenbeilage	

Bevölkerung im ersten Halbjahr 1997

Im ersten Halbjahr 1997 nahm die Bevölkerung Schleswig-Holsteins um 7 278 (0,3 %) auf 2 749 571 Personen zu. Dieser Zuwachs ergibt sich aus einem Wanderungsgewinn von 8 030 Personen einerseits und einem Gestorbenenüberschuß von 752 Personen andererseits. Ohne die deutlichen Wanderungsgewinne würde die schleswig-holsteinische Bevölkerungszahl also rückläufig sein.

Im Berichtshalbjahr zogen 38 373 Personen nach Schleswig-Holstein und 30 343 verließen das Land. 14 428 Geborenen standen 15 180 Gestorbene gegenüber.

Im Vergleich dazu zogen im ersten Halbjahr 1996 38 457 Personen nach Schleswig-Holstein und 30 429 Personen verließen das Land, so daß sich ein Wanderungsgewinn von 8 028 Einwohnern ergab, und 13 437 Geborenen standen 16 331 Gestorbene gegenüber mit dem Ergebnis eines Gestorbenenüberschusses von 2 894 Einwohnern.

Während sich also die Zahlen der Zu- und Fortzüge im ersten Halbjahr 1997 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres fast nicht veränderten, erhöhte sich die Zahl der Geborenen um 991, und die Zahl der Gestorbenen verringerte sich um 1 151.

Höchste Schülerzahlen an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen seit 12 Jahren

Nach vorläufigen gerundeten Ergebnissen besuchen im Schuljahr 1997/98 305 700 Schülerinnen und Schüler öffentliche allgemeinbildende Schulen. Dies sind 2,7 % mehr als im Schuljahr 1996/97. Bleiben die Vorklassen und Schulkindergärten unberücksichtigt, liegt die Steigerungsrate sogar über dieser Prozentmarke. Damit setzt sich der Trend zunehmender Schülerzahlen auch im laufenden Schuljahr fort und übersteigt damit erstmals seit dem Schuljahr 1985/86 wieder die Dreihunderttausender-Marke. Die geringsten Schülerzahlen in diesem Zeitraum waren mit 265 238 im Schuljahr 1989/90 zu verzeichnen.

Besonders erhöht hat sich die Schülerzahl in den Grundschulen auf nunmehr 122 100 (+ 4 %). Deutlich gestiegen ist auch die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in Gesamtschulen auf 14 300 (+ 6 %), die Realschulen werden von 52 700 (+ 3 %) Jugendlichen besucht. Annähernd konstant geblieben sind die Schülerzahlen für Gymnasien (62 200), Hauptschulen (38 300), Sonderschulen (11 700) und Abendschulen (1 000). Vermindert hat sich die Zahl der Kinder in Vorklassen auf 1 400 (- 13 %) und in Schulkindergärten auf 2 000 (- 12 %).

Studentinnen und Studenten im Wintersemester 1996/97

Im Wintersemester 1996/97 waren an den schleswig-holsteinischen Hochschulen 44 478 Studentinnen und Studenten immatrikuliert. Davon studierten 26 059 (58,6 %) an Universitäten, 16 282 (36,6 %) an Fachhochschulen, 1 689 (3,8 %) an Verwaltungsfachhochschulen und 448 (1,0 %) an der Lübecker Kunsthochschule.

Von den insgesamt 17 758 weiblichen Studierenden besuchten 73,7 % (13 089) Universitäten, 21,9 % (3 891) Fachhochschulen, 3,0 % (533) Verwaltungsfachhochschulen und 1,4 % (245) die Kunsthochschule.

Mit 2 260 studierenden Ausländerinnen und Ausländern liegt der Ausländeranteil an den Studierenden insgesamt bei 5,1 %; der Ausländeranteil an den Studienanfängern mit 421 bei 8,1 %.

Die Zahl der Studienanfänger im ersten Hochschulsemester beträgt 5 175. Im ersten Fachsemester befanden sich 6 796 Studentinnen und Studenten.

Versicherungspflichtig Beschäftigte Ende 1996 erstmals seit 6 Jahren wieder unter 800 000

Am 31. Dezember 1996 waren in Schleswig-Holstein 798 100 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer versicherungspflichtig beschäftigt. Das war der niedrigste Stand seit Ende Dezember 1990, als 791 000 Beschäftigte gezählt wurden. Im Vergleich zum Dezember 1995 verringerte sich die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um 14 800 oder 1,8 %.

Die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sank gegenüber dem Vorjahr in den meisten Wirtschaftsabteilungen. Die größten Verluste traten im Verarbeitenden Gewerbe mit 8 600 (4,1 %) und im Baugewerbe mit 3 700 (5,6 %) Beschäftigten auf.

Eine leichte Steigerung der Beschäftigtenzahl um 600 (2,6 %) war in der Abteilung Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte zu verzeichnen. Geringfügig erhöhte sich mit 1 500 (0,7 %) auch die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Dienstleistungen, woran die Unterabteilung Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe mit 1 400 (2,9 %) großen Anteil hatte.

Gegenüber Ende September 1996 fiel der saisonale Rückgang der Beschäftigtenzahl Ende Dezember 1996 mit 3,1 % (25 700 Beschäftigte) deutlich stärker aus als in den Jahren zuvor. Alle Wirtschaftsabteilungen waren davon betroffen, darunter die Dienstlei-

stungen mit 8 900 (4,0 %), das Verarbeitende Gewerbe mit 5 100 (2,5 %) und das Baugewerbe mit 4 700 (6,9 %) Beschäftigten am deutlichsten.

Weniger Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

Mit einer weiterhin rückläufigen Zahl landwirtschaftlicher Betriebe nimmt auch die Zahl der in den landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen ab. Im Mai 1997 wurden 2 800 ständig beschäftigte Arbeitskräfte weniger erfaßt als 1995, dies waren 5 %.

Waren im Jahre 1997 23 300 Betriebsinhaber und 17 000 mithelfende Familienangehörige in den landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt, so waren es zwei Jahre zuvor noch 24 300 Betriebsinhaber und 19 100 mithelfende Familienangehörige. Knapp die Hälfte der Betriebsinhaber und 18 % der mithelfenden Familienangehörigen waren auf den landwirtschaftlichen Betrieben vollbeschäftigt. Jeder dritte Betriebsinhaber war gleichzeitig anderweitig erwerbstätig.

Neben den familieneigenen Arbeitskräften arbeiteten außerdem 7 500 (1995: 7 200) ständige und 4 400 (1995: 4 200) nichtständige Personen, die nicht zur Familie des Betriebsinhabers gehörten, auf den landwirtschaftlichen Betrieben. Damit hat sich die Zahl der ständigen familienfremden Arbeitskräfte nicht weiter verringert. Sich ständig vergrößernde landwirtschaftliche Betriebe und der intensive Gartenbau mit seinen zahlreichen Baumschulbetrieben bedingen einen unverändert hohen Arbeitskräftebedarf.

Wald- und Wasserfläche, aber auch Siedlungs- und Verkehrsfläche nehmen zu

Nach 4 Jahren fand erneut eine Erhebung der Bodenflächen nach ihrer tatsächlichen Nutzung statt. Von der Katasterfläche Schleswig-Holsteins (1,58 Mill. ha) entfielen am 31.12.1996 1,15 Mill. ha (73 %) auf Landwirtschaftsflächen, 170 000 ha (11 %) auf Siedlungs- und Verkehrsflächen, 146 700 ha (9 %) auf Waldflächen und 75 200 ha (5 %) auf Wasserflächen.

Wie in den vorhergehenden Vierjahreszeiträumen stieg die Waldfläche seit Ende 1992 weiterhin um gut 2 100 ha. Auch die Wasserfläche vergrößerte sich vor allem durch Eingemeindungen an der Nord- und Ostseeküste um 1 500 ha. Neben der Zunahme dieser naturnahen Flächen erhöhte sich besonders die Siedlungs- und Verkehrsfläche um 4 900 ha; dieser Zuwachs entspricht etwa der doppelten Fläche der Stadt Schleswig. Abgenommen hat in diesem Zeitraum wiederum allein die Landwirtschaftsfläche, und zwar um 6 400 ha.

Verstärkte Nachfrage nach Eigenheimen

In den ersten zehn Monaten des Jahres 1997 genehmigten die Baubehörden in Schleswig-Holstein den Bau von 18 000 Wohnungen, womit das Vorjahresergebnis um 5,7 % übertroffen wurde. Mit 7 400 Wohnungen wurden im Geschoßwohnungsbau 4,6 % mehr Wohnungen genehmigt als 1996. Besonders stark zugenommen hat die Nachfrage nach Eigenheimen, mit der Folge, daß in Ein- und Zweifamilienhäusern die Zahl der geplanten Wohnungen um 13,3 % auf 8 900 gestiegen ist. Im Nichtwohnbau sowie im Rahmen von Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden sind dagegen nur 1 700 Wohnungen vorgesehen, 19,2 % weniger als im Vorjahr.

Privathaushalte von Selbständigen und Landwirten für Teilnahme an Haushaltsbuchführung gesucht

Das Statistische Landesamt Schleswig-Holstein sucht noch private Haushalte, die sich an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 freiwillig beteiligen und drei Monate lang ein Haushaltsbuch führen möchten. Zu Hause Buch zu führen, alle Einnahmen und Ausgaben zu notieren – das ist mit ein wenig Aufwand verbunden, doch es zahlt sich aus: Ein genauer Überblick darüber, wo das Geld bleibt, eine Prämie in Höhe von 80 DM und ein Lotterielos erhält jeder Haushalt für seine Aufzeichnungen.

Über 2 000 Haushalte haben sich bisher zur Teilnahme angemeldet, was für ein großes Interesse an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe spricht.

Um aussagefähige Ergebnisse zu erhalten, ist es aber wichtig, daß sich Haushalte aus allen Bevölkerungsschichten an der Erhebung beteiligen. Besonders Privathaushalte von Selbständigen, Landwirten und gewerblichen Arbeitnehmern, Haushalte mit besonders hohem oder sehr niedrigem Einkommen sowie Ausländerhaushalte werden noch gesucht. Geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes betreuen die teilnehmenden Haushalte während der Erhebungszeit.

Interessierte Haushalte wenden sich bitte direkt an:
Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein
- EVS 1998 -, Postfach 11 41, 24100 Kiel

Tel. (04 31) 68 95 - 1 19 Astrid Jappe
- 3 07 Matthias Hinske
- 3 63 Wiebke Harmsen-
Kiebusch

Statistik regional

Ein Angebot für den PC Ausgabe 1997

Diskettenpaket

Komplett 290,- DM

Kompakt 60,- DM

Demo 10,- DM

jeweils zuzüglich Versandkosten

Zu beziehen und weitere Infos vom

Statistischen Landesamt

Schleswig-Holstein

Postfach 11 41 • 24100 Kiel

Tel.: (04 31) 68 95-2 78/ -4 98 (Fax)

Das Diskettenpaket *Statistik regional* wird gemeinsam von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder erstellt und erscheint jährlich aktualisiert. *Statistik regional* bietet die Möglichkeit, wirtschaftliche, soziale und politische Fakten der Kreise und kreisfreien Städte in ganz Deutschland zu recherchieren, Regionen untereinander zu vergleichen und Ergebnisse mit eigenen Programmen weiter zu verarbeiten.

Neu erschienen

Die wichtigsten Daten
für alle Kreise und kreisfreien Städte
in ganz Deutschland

- Gebiet und Bevölkerung
 - Gesundheitswesen
 - Bildung
 - Erwerbstätigkeit
 - Landwirtschaft
 - Industrie und Handwerk
 - Bauwirtschaft
 - Tourismus und Verkehr
 - Finanzen und Steuern
 - Bruttowertschöpfung
 - Wahlen
 - Umwelt
- und anderes mehr

Statistisches Taschenbuch Schleswig-Holstein 1997

160 Seiten, kartoniert

verschiedene Abbildungen und Karten /

ISSN 0487-6431, Preis: 6,- DM

Zu beziehen über den Buchhandel

oder direkt (zzgl. Versandkosten) vom

Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

Postfach 11 41 • 24100 Kiel

Tel.: (04 31) 68 95-2 80 (Vertrieb)/ -4 98 (Fax)

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt bietet diese handliche Querschnittsveröffentlichung in einer kompakten Übersicht die wichtigsten Ergebnisse für Schleswig-Holstein, seine Kreise und die kreisfreien Städte. Vergleichszahlen für die Bundesrepublik und die anderen Bundesländer sowie für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union ermöglichen den überregionalen Vergleich.

Neu erschienen

Informationen und aktuelle Daten
aus fast allen Arbeitsgebieten
der amtlichen Statistik:

- Bevölkerung
- Wirtschaft
- Soziales
- Umwelt
- Kultur
- Politik

Unter der Federführung der Verwaltungsfachhochschule Altenholz soll Anfang 1998 in der Reihe „Altenholzer Schriften“ im Verlag Leske & Budrich (Leverkusen) das „Schleswig-Holstein-Lexikon“ erscheinen. Dem Wesen eines alphabetisch geordneten Nachschlagewerks entsprechend, wurden je Buchstabe mehrere Stichworte ausgewählt, die für Schleswig-Holstein von politischer, kultureller, wirtschaftlicher oder allgemein gesellschaftlicher Relevanz sind. Interessierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verschiedenen Ministerien und Behörden kamen der Aufforderung gerne nach, Beiträge zu den einzelnen Stichworten zu fertigen. Der Aufbau der einzelnen Beiträge orientiert sich an der Definition und Abgrenzung des jeweiligen Stichwortes, an Besonderheiten und Perspektiven Schleswig-Holsteins sowie an den empirischen Gegebenheiten. Die Beiträge für das „Schleswig-Holstein-Lexikon“, die die Autorin und die Autoren verfaßt haben, werden an dieser Stelle vorweg publiziert.

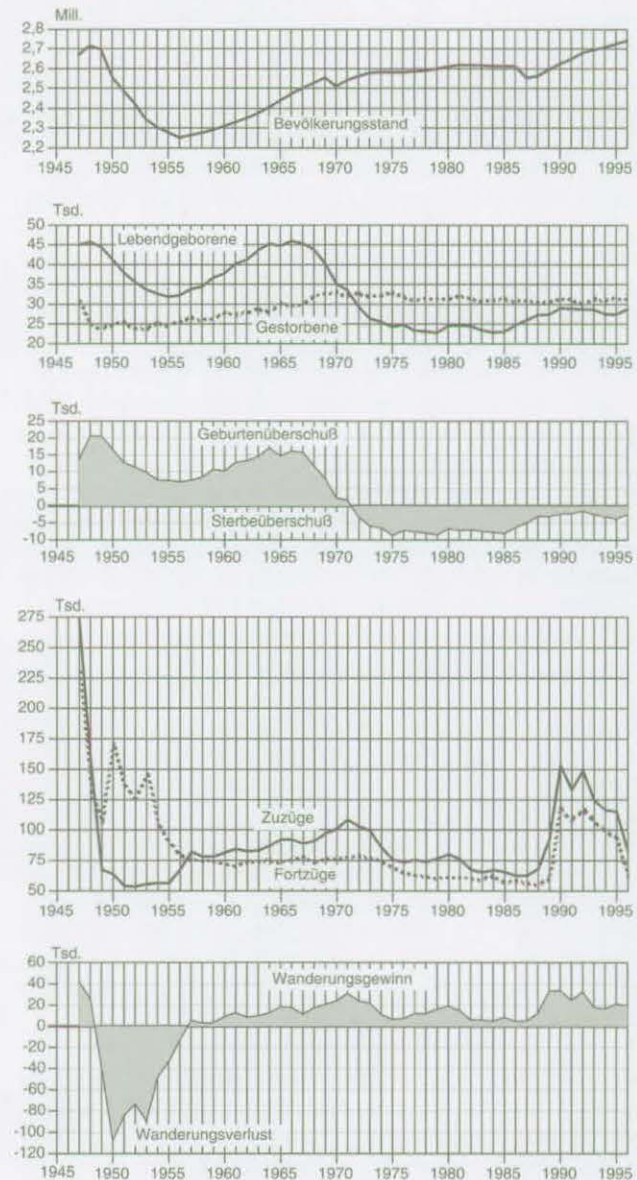
Bevölkerung

Die Geschichte der Bevölkerungsentwicklung Schleswig-Holsteins ist durch einen stetigen Anstieg der Einwohnerzahl mit wenigen markanten Einschnitten geprägt. Eine erste Zählung, die jedoch noch unter methodisch mangelhaften Umständen sowie auch lediglich für die Herzogtümer Schleswig und Holstein im Jahre 1769 durchgeführt wurde, erbrachte für beide Herzogtümer nach korrigierenden Schätzungen 530 000 Einwohner. Für das Herzogtum Lauenburg fand erstmals 1810 eine Zählung statt, die eine Bevölkerung von 32 000 Personen ergab. Bei der ersten gemeinsamen Volkszählung für die drei Herzogtümer im Jahre 1840 wurden bereits 850 000 Einwohner festgestellt, und im Jahre 1860, kurz vor der Entstehung der preußischen Provinz Schleswig-Holstein, konnte erstmals die 1-Million-Grenze überschritten werden.

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges hatte die Provinz Schleswig-Holstein 1,7 Mill. Einwohner, die allerdings durch die Kriegsereignisse sowie durch die Abtretung Nordschleswigs mit gut 160 000 Einwohnern an Dänemark auf knapp 1,5 Mill. ortsanwesende Personen im Jahre 1920 zurückgingen. Bis zum nächsten bedeutsamen Ereignis, dem Groß-Hamburg-Gesetz im Jahre 1937, war die Bevölkerungszahl wieder auf gut 1,6 Mill. angestiegen. Das Groß-Hamburg-Gesetz brachte für die Provinz Schleswig-Holstein beträchtliche Gebietsveränderungen im Raum Hamburg-Lübeck-Stormarn-Mecklenburg. Im Ergebnis verlor die Provinz Schleswig-Holstein per Saldo 170 000 Einwohner, die Bevölkerungszahl sank dadurch auf unter 1,5 Mill., stieg aber bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1939 wieder auf fast 1,6 Mill. Einwohner an. Aufgrund der Kriegssterbefälle und ausbleibender Geburten ging dieser Stand jedoch wiederum zurück auf unter 1,5 Mill. Einwohner.

Im letzten Jahr des Zweiten Weltkrieges bis in das Jahr 1949 hinein wurde Schleswig-Holstein zum Ziel der Evakuierungsströme von Flüchtlingen sowie Vertriebenen aus dem Osten, und zwar in einem Ausmaß wie kein anderes der Länder des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Im März 1945 hatte das Land

Bevölkerungsstand und -entwicklung in Schleswig-Holstein



419708 Stat.LA S-H

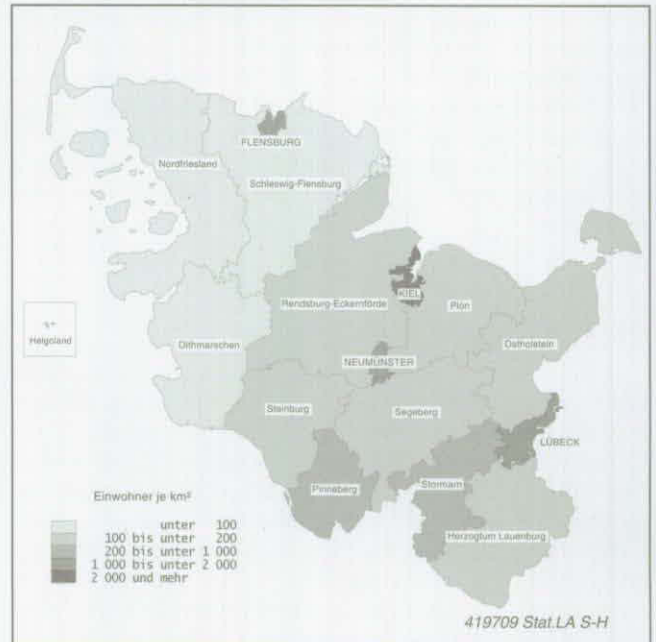
1,769 Mill. Einwohner, drei Monate später waren es bereits 650 000 mehr. Die ausgegebenen Lebensmittelkarten signalisierten eine ständig wachsende Bevölkerungszahl, die in der kurzen Zeit bis März/April des Jahres 1949 den Höchststand von 2,762 Mill. erreichte. Durch Umsiedlungen in andere Bundesländer wurde die überdurchschnittliche Flüchtlings- und Vertriebenenbelastung Schleswig-Holsteins jedoch in den Folgejahren abgebaut, so daß die Bevölkerungszahl auf 2,251 Mill. im Jahre 1956 zurückging und damit den niedrigsten Wert seit Kriegsende erreichte.

Nach der Umsiedlungsphase stieg bis 1996 die Einwohnerzahl Schleswig-Holsteins, und zwar gegenüber 1956 um 22 %. Zeitweise unterbrochen wurde diese Entwicklung nur durch leichte Rückgänge wie in den Jahren 1981 bis 1986. Etwas deutlichere Einbrüche in der Bevölkerungsentwicklung sind methodisch bedingt: Der Bevölkerungsstand wird in mehrjährigem Abstand durch Volkszählungen ermittelt. Zwischen diesen Totalerhebungen wird dieser Bestand der Bevölkerung jährlich mit Hilfe der Zahlen über die Geborenen, Gestorbenen sowie über die Zu- und Fortzüge (sog. „Wanderungen“) fortgeschrieben. Mit wachsender zeitlicher Entfernung vom Stichtag der Volkszählung werden die Ergebnisse der Fortschreibung aufgrund von Fehlern im Meldeverhalten immer ungenauer, und zwar in der Regel zu hoch. Erst durch eine aktuelle Volkszählung werden dann die fortgeschriebenen Zahlen korrigiert, wie z. B. 1970 und 1987. Die Zunahme der Bevölkerung wurde ab 1957 sowohl von Wanderungsgewinnen, als auch bis 1971 durch Geburtenüberschüsse geprägt. Bis Ende 1974 reichten alleine die starken Gewinne aus den Wanderungen aus, die Bevölkerungszahl auf 2,584 Mill. ansteigen zu lassen. Danach verringerten sich die Zuwächse der Einwohnerzahlen, weil die Wanderungsgewinne durch die Sterbeüberschüsse teilweise aufgezehrt wurden. In den Jahren 1982 bis 1986 nahm die Bevölkerungszahl Schleswig-Holsteins sogar leicht ab, Ende 1986 betrug sie 2,614 Mill.

1988 setzten wieder verstärkt Zuwanderungen nach Schleswig-Holstein ein, und zwar als Folge der Öffnung der innerdeutschen Grenze 1989, der deutschen Wiedervereinigung 1990 sowie des Abbaus des Eisernen Vorhangs. Diese historischen Ereignisse führten zu jährlichen Wanderungsgewinnen bis zu 33 000 Personen. 1996 erhöhte sich die Einwohnerzahl des Landes gegenüber 1988 um 187 000 oder 7,3 %, nämlich durch 212 000 netto zugewanderte Einwohner, denen ein Sterbeüberschuß von 25 000 Personen gegenüberstand.

Mit 2,742 Mill. Einwohnern lebten 1996 in Schleswig-Holstein nahezu so viele Menschen wie 1949, als das nördlichste Bundesland für viele Flüchtlinge und Vertriebene vorübergehend zur neuen Heimat wurde. Mit diesem Bevölkerungsstand nimmt das Land heute

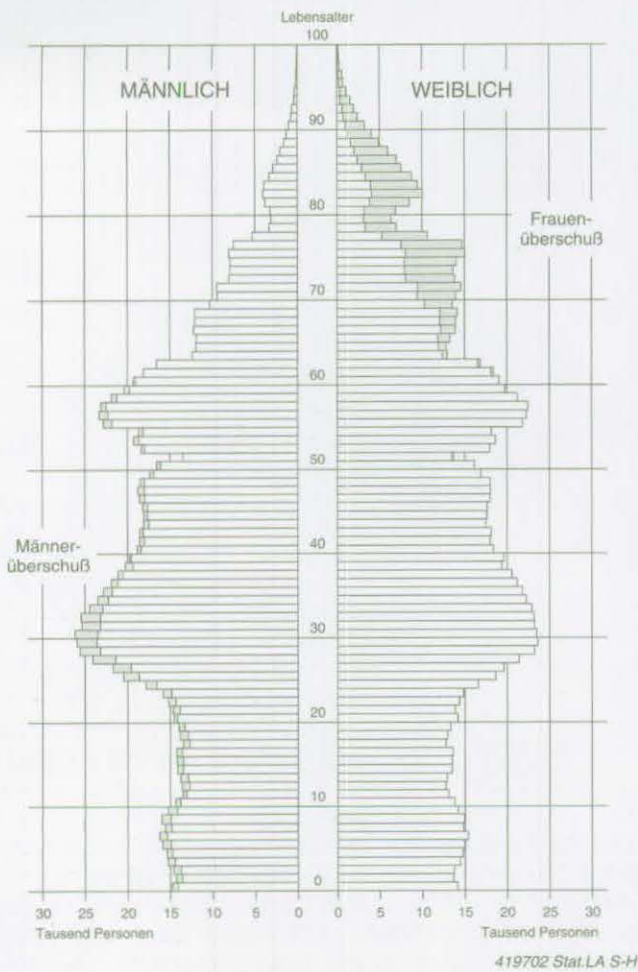
Bevölkerungsdichte am 31.12.1996



den neunten Rang unter den sechzehn Bundesländern ein, der im übrigen einem Anteil an der Bevölkerung des Bundesgebietes von 3,3 % entspricht. Ende 1996 lebten in Schleswig-Holstein auf einem Quadratkilometer im Durchschnitt 174 Einwohner, womit das Land den siebten Platz unter den Flächenländern einnimmt und damit hinter Ländern wie Nordrhein-Westfalen (525 Einwohner je km²), Saarland (422) oder Baden-Württemberg (289), aber vor Bayern (170), Niedersachsen (163) oder Sachsen-Anhalt (134) steht. Im Vergleich dazu beträgt die Bevölkerungsdichte im Bundesgebiet 230 Einwohner. Die kreisfreien Städte und die Kreise im Südosten des Landes, insbesondere die in der Nachbarschaft zu Hamburg, sind am dichtesten besiedelt, während die Kreise Dithmarschen, Nordfriesland und Schleswig-Flensburg die geringste Bevölkerungsdichte aufweisen.

Von den 2,742 Mill. Einwohnern Ende 1996 waren 51,2 % Frauen und 48,8 % Männer, was der Geschlechterverteilung Deutschlands insgesamt entspricht. Am Bevölkerungsaufbau Schleswig-Holsteins ist zu erkennen, daß es die Frauen in den Altersgruppen über 61 Jahre sind, die ihre Überzahl bewirken; in den Altersgruppen darunter haben die Männer die Mehrheit. Dabei ist bei den jüngeren Altersgruppen die natürliche Geschlechterproportion mit ihrem geringfügigen Knabenüberschuß schon im Zeitpunkt der Geburt zu erkennen. Betrachtet man den Alteraufbau insgesamt, so kamen Ende 1996 1 048 Frauen auf 1 000 Männer, ein Verhältnis, das früher noch stärker zugunsten der Frauen ausfiel und auf die große Zahl der Kriegssterbefälle unter den Männern zurückzuführen ist.

**Altersaufbau der Bevölkerung
Schleswig-Holsteins am 31. Dezember 1996**



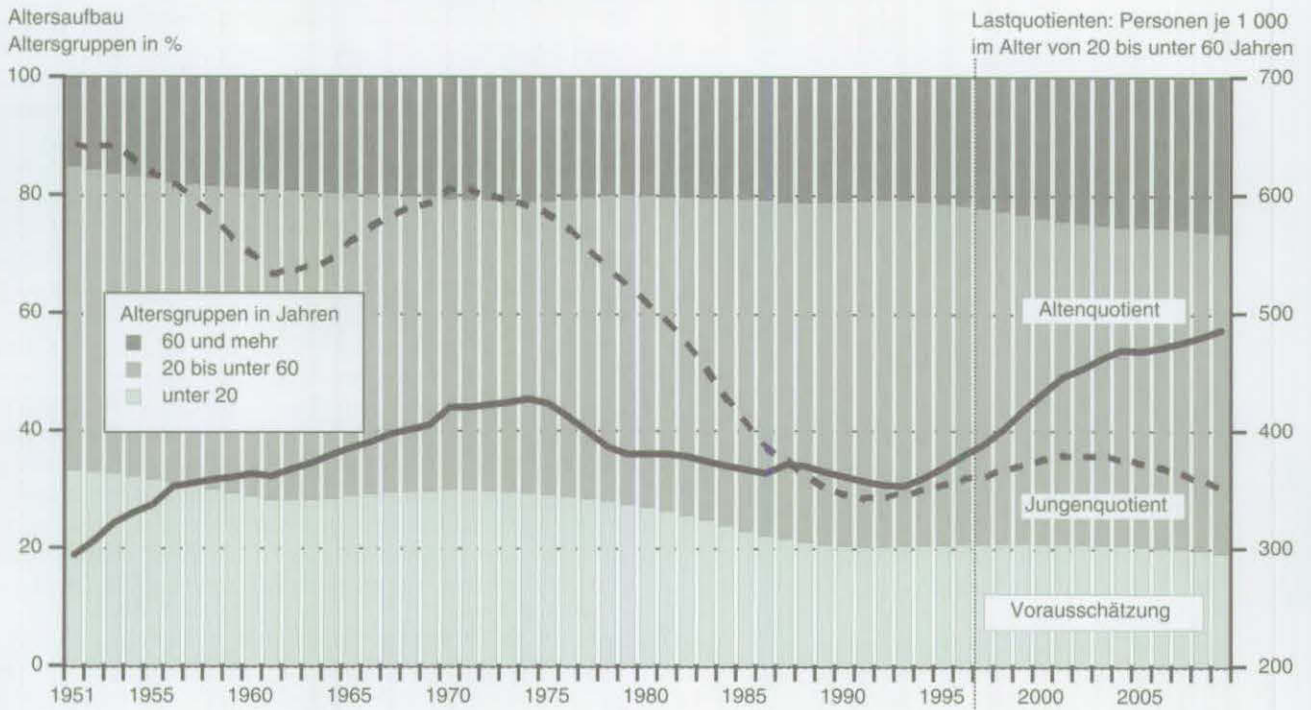
Unter den Einwohnern Schleswig-Holsteins lebten Ende 1996 143 900 Mitbürgerinnen und Mitbürger mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit. Gegenüber 1987 hat sich ihre Zahl um 65 000 oder 83,3 % erhöht. Dadurch ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung Schleswig-Holsteins um 2,0 Prozentpunkte auf 5,1 % gestiegen, nach wie vor der geringste Ausländeranteil unter den alten Bundesländern. Der Ausländeranteil für Deutschland belief sich 1996 auf 8,9 %, in Hamburg 16,9 %, Hessen 13,8 %, Berlin 13,5 % und Baden-Württemberg 12,5 %, während von den neuen Bundesländern Brandenburg mit 2,4 % den höchsten Anteilswert aufwies. Anteilsmäßig lebten auch 1996 die meisten Ausländer in den kreisfreien Städten Flensburg, Lübeck, Kiel und Neumünster sowie in den Kreisen in der Nachbarschaft zu Hamburg. Von der ausländischen Bevölkerung waren 1996 30,8 % türkischer Nationalität, 11,1 % hatten Staatsangehörigkeiten des ehemaligen Jugoslawiens, aus Polen kamen 6,1 % und aus Dänemark 4,5 %.

Das Wachstum der schleswig-holsteinischen Bevölkerung ist – wie auch in allen anderen Bundesländern – ab Ende der sechziger Jahre von einer Entwicklung begleitet, die als „Pillenknicke“ zu einem nachhaltigen Einschnitt in die natürliche Reproduktion der Bevölkerung führte. Unter anderem durch das Aufkommen moderner Kontrazeptiva begünstigt, ging der Kinderwunsch in der Bevölkerung rapide zurück, so daß bereits ab 1972 die Zahl der Geborenen unter die der Gestorbenen sank. Hatte die Geburtenziffer für Schleswig-Holstein 1966 noch bei 2 709 Kindern je 1 000 Frauen im reproduktionsfähigen Alter gelegen, so nahm sie in den folgenden 20 Jahren kontinuierlich ab und erreichte 1985 mit 1 243 Kindern je 1 000 Frauen den bisherigen Tiefstand. Seitdem pendelt der Wert auf niedrigem Niveau zwischen 1 300 und 1 500. Dieses entspricht einer Reproduktionsrate von 650 bis 750 geborenen Mädchen je 1 000 Frauen und bedeutet, daß die künftigen Müttergenerationen um ein Viertel kleiner sein werden als die heutigen, so daß die Bevölkerung von ihrer natürlichen Entwicklung her weiter nachhaltig schrumpfen wird.

Der Altersaufbau der Bevölkerung Schleswig-Holsteins hat eine pilzförmige Form, die typische Form einer schrumpfenden Bevölkerung. Zwar bewirkten die Zuwanderungen bisher eine stetige Erhöhung der Einwohnerzahl, das strukturelle Problem, nämlich die sich ständig verkleinernden Nachwuchsjahrgänge, konnte damit jedoch nicht aufgefangen werden. Das bedeutet auch eine kontinuierliche Alterung der Bevölkerung: 1946, als der Altersaufbau noch die Form einer Pyramide hatte und damit eine wachsende Bevölkerung charakterisierte, waren die in Schleswig-Holstein lebenden Menschen durchschnittlich 33 Jahre alt, Männer 32 und Frauen 34 Jahre. Ende 1996 dagegen betrug das Durchschnittsalter bereits 41 Jahre, Männer 39 und Frauen 43 Jahre.

1946 waren 35 % der schleswig-holsteinischen Bevölkerung unter 20 Jahre alt und 13 % 60 Jahre und älter, 50 Jahre später zählten 21 % zu der so definierten jüngeren und 22 % zu der älteren Bevölkerung. Diese beiden Segmente der Gesamtbevölkerung, die überwiegend durch Transferleistungen der Gruppe der 20- bis unter 60-jährigen versorgt werden, sind zusammen heute zwar kleiner als 1946. Am Altersaufbau ist jedoch abzulesen, daß künftig schwächere Altersjahrgänge in die Gruppe der 20- bis 60jährigen „Versorgungsbevölkerung“ hineinwachsen und gleichzeitig sehr viel stärkere Jahrgänge aus dieser Altersgruppe in die der über 59 Jahre übergehen werden. Aufgrund aktueller Bevölkerungsprognosen für Schleswig-Holstein ergibt sich, daß im Jahre 2010 bereits 486 Personen im Alter von 60 und mehr Jahren auf 1 000 Personen der 20- bis 60jährigen (Altenquotient) entfallen werden; Ende 1996 betrug dieses Verhältnis lediglich 379 zu 1 000 Personen. Diesen Berechnungen liegen bereits Annahmen über

Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung in Schleswig-Holstein



$$\text{Altenquotient} = \frac{\text{Personen je 1 000 im Alter von 60 Jahren und mehr}}{\text{Personen je 1 000 im Alter von 20 bis 60 Jahren}}$$

$$\text{Jungenquotient} = \frac{\text{Personen je 1 000 im Alter von unter 20 Jahren}}{\text{Personen je 1 000 im Alter von 20 bis 60 Jahren}}$$

eine zukünftig weitere Erhöhung der Lebenserwartung zugrunde. Nach der Allgemeinen Sterbetafel Schleswig-Holstein mit der Basis 1986/88 beträgt die Lebenserwartung eines neugeborenen Knaben 72,47 Jahre und die eines Mädchen 78,65 Jahre. Nach Berechnungen für das Bundesgebiet mit der aktuellen Basis 1993/95 ist heute bereits von einer jeweils um etwa ein Jahr höheren Lebenserwartung auszugehen. Diese Tendenz trägt zusätzlich zur Alterung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung bei.

Die künftige Bevölkerungszahl des Landes wird stark vom Faktor der Zuwanderungen abhängen. Sollten sich die Wanderungsgewinne der vergangenen Jahre deutlich abschwächen, kann es zur Stagnation oder aufgrund der absehbaren Überschüsse der Sterbefälle sogar zum Bevölkerungsrückgang kommen. Die aufgezeigten Probleme des Altersaufbaus werden davon jedoch nur wenig berührt und deshalb weiterhin akut bleiben.

Gerhard Winck

Gesundheitswesen

Das Gesundheitswesen umfaßt die Gesamtheit der Einrichtungen und Personen, die der Erhaltung, Förderung oder Wiederherstellung der Gesundheit dienen. Es kann nach Leistungsarten wie folgt unterteilt werden:

– Vorbeugung und Betreuung

Hierunter fallen vor allem die Pflegemaßnahmen und die Leistungen öffentlicher und privater Gesundheitsdienste.

– Behandlung

Die ambulante medizinische Behandlung wird vor allem von niedergelassenen Ärzten und Zahnärzten vorgenommen. Die stationäre Behandlung erfolgt im Krankenhaus. Ergänzt wird die gesundheitliche Versorgung durch Angebote im nicht-ärztlichen Bereich von z. B. Krankengymnasten, Logopäden, Heilpraktikern oder Masseurinnen. In Apotheken werden Heil- und Hilfsmittel angeboten.

– Vorsorge und Rehabilitation

Von den Krankenversicherungen werden in speziellen Einrichtungen Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen angeboten.

– Krankheitsfolgeleistungen

Neben Leistungen für die Entgeltfortzahlung und vorzeitige Renten bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeit zählen hierzu auch Leistungen des Arbeitgebers, die der beruflichen und sozialen Rehabilitation dienen.

– Ausbildung und Forschung

Eine umfassende Beschreibung aller Einrichtungen des Gesundheitswesens in Schleswig-Holstein würde hier den Rahmen sprengen. Die wichtigsten Institutionen werden im folgenden jedoch kurz benannt und in ihren wesentlichen Aspekten beschrieben. Die Adressen dieser und aller weiteren Einrichtungen des schleswig-holsteinischen Gesundheitswesens können dem jährlich aktualisierten Handbuch entnommen werden, das in Zusammenarbeit mit den zuständigen Kammern und Verbänden herausgegeben wird.

Pflege

Zur Zeit gibt es in Schleswig-Holstein etwa 520 Einrichtungen, die für rund 25 000 Plätze vollstationäre Pflege anbieten. Dazu kommen etwa 500 ambulante

Pflegedienste, die Grund- und Behandlungspflege, betreutes Wohnen, Tagespflege, Nachtwachen, Fahrdienste u. a. durchführen.

Neben den Pflegeplätzen stehen in Schleswig-Holstein noch gut 6 000 Altenheimplätze zur Verfügung, die zum Teil in gemischten Einrichtungen zusätzlich zu den Pflegeplätzen angeboten werden, aber auch teilweise in reinen Altenheimen ohne pflegerischen Bereich eingerichtet sind.

Aufgrund des 1995 in Kraft getretenen Pflegeversicherungsgesetzes ist der Aufgabenkatalog der pflegerischen Versorgung stark erweitert worden. Mit der Pflegestatistik, die zum Berichtsjahr 1998 eingeführt wird, werden genauere Aussagen über die Anzahl der Einrichtungen und Anzahl sowie Art der Plätze möglich.

Gesundheitsdienst

Der öffentliche Gesundheitsdienst obliegt den Gesundheitsbehörden, d. h. dem Sozialministerium als Landesgesundheitsbehörde, den Gesundheitsämtern, die die Aufgaben der Kreisgesundheitsbehörden wahrnehmen und den Sondergesundheitsbehörden, zu denen die Arzneimittelüberwachungsstelle, die Landeskrankenhäuser und die Vorstände der Ärzte-, Zahnärzte- und der Apothekerkammer gehören. Die Gesundheitsbehörden haben einerseits gesundheitliche Gefahren zu verhüten, also z. B. die Einhaltung hygienischer Vorschriften in öffentlich besuchten Einrichtungen zu überwachen oder durch präventive Maßnahmen die Ausbreitung von ansteckenden Krankheiten zu verhindern. Andererseits leisten sie wie private Gesundheitsdienste auch Gesundheitshilfe. Die privaten Gesundheitsdienste sind vor allem bei den freien Wohlfahrtsverbänden angesiedelt, ergänzt um die Tätigkeiten von Vereinen und Selbsthilfegruppen. Gesundheitsämter und freie Wohlfahrtsverbände halten eine Vielzahl von Beratungsangeboten vor, darunter vor allem Beratung für Behinderte, Suchtkranke, psychisch Kranke und Beratung vor Schwangerschaftsabbrüchen.

Ärzte, Zahnärzte, Apotheken

Die ärztliche und zahnärztliche Versorgung der Bevölkerung hat sich in Schleswig-Holstein wie auch im übrigen Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten wesentlich verbessert. 1950 wurden statistisch gesehen in Schleswig-Holstein 808 Einwohner von

Ärzte, Zahnärzte und Apotheker nach Gebiet, Tätigkeitsform und Einwohner je Arzt in Schleswig-Holstein am 31.12.1996

Ärzte	Insgesamt		Darunter		Einwohner je Arzt	
	männlich	weiblich	Praxisinhaber	im Krankenhaus	Schleswig-Holstein	Deutschland
Ärzte insgesamt	7 780	4 213	3 875	4 079	289	294
darunter						
Allgemeinmedizin	1 073	275	873	38	2 745	2 471
Chirurgie	515	47	113	321	6 176	5 374
Frauenheilkunde- und Geburtshilfe	393	151	327	120	6 094	5 982
Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde	159	25	122	19	19 044	16 383
Innere Medizin	1 059	201	535	448	2 662	2 522
Kinderheilkunde	239	184	187	107	8 543	7 610
Praktische Ärzte	456	335	631	32	3 814	7 985
Ärzte ohne Fachgebiet	1 780	1 957	152	2 101	978	1 077
Ärzte im Praktikum	356	401	-	522	4 601	4 516
Zahnärzte	1 555	540	1 769	.	1 309	1 336
Apotheker	781	1 175	736 ^a	-	3 726 ^b	3 743 ^b

^a Anzahl der Apotheken, einschl. im Krankenhaus

^b Einwohner je Apotheke

einem Arzt betreut, 1967 immerhin noch 744. In den 70er und 80er Jahren stieg dann die Zahl der Ärzte stark an, so daß Ende 1996 nur 289 Einwohner auf einen Arzt kamen. Der Versorgungsgrad für zahnärztliche Betreuung in Schleswig-Holstein entwickelte sich von 2 056 Einwohnern je Zahnarzt im Jahr 1950 hin zu 1 309 Einwohnern je Zahnarzt Ende 1996.

Sowohl der ärztliche als auch der zahnärztliche Versorgungsgrad war 1996 in Schleswig-Holstein günstiger als im deutschen Durchschnitt. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, daß hier relativ mehr praktische Ärzte und mehr Ärzte ohne Fachgebiet tätig sind. Die Versorgung durch Fachärzte ist dagegen in Schleswig-Holstein leicht unterdurchschnittlich.

Die Zahl der Apotheker lag mit Stand 31.12.1996 in Schleswig-Holstein etwas höher als im Bundesdurchschnitt, weil hier häufiger mehr als 2 Apotheker in einer Apotheke beschäftigt waren. Die Anzahl der Apotheken je 10 000 Einwohner war Ende 1996 in Deutschland nämlich mit 2,7 genauso hoch wie in Schleswig-Holstein.

Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen

Die stationäre Versorgung mit Betten in Krankenhäusern und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

spiegelte sich Ende 1995 in Schleswig-Holstein mit 105 Betten je 10 000 Einwohner wider, der entsprechende Bundeswert lag bei 97 Betten.

Am 31.12.1995 gab es in Schleswig-Holstein 106 Krankenhäuser und 84 Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen. Seit die Zahl der Betten in Krankenhäusern und die der Vorsorge- sowie Rehabilitationseinrichtungen getrennt ausgewiesen werden, zeigt sich, daß die rückläufige Bettenzahl in Krankenhäusern überkompensiert wird durch eine steigende Bettenzahl in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen. Das beschreibt die Verlagerung des Schwerpunkts medizinischer Versorgung hin zu vorbeugender und nachsorgender Betreuung. Von den 28 600 Betten in Schleswig-Holstein Ende 1995 standen 40 % in einer Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung.

In den schleswig-holsteinischen Krankenhäusern hält seit vielen Jahren der Trend zu kürzeren Krankenhausaufenthalten an. 1995 lagen mit einer durchschnittlichen Verweildauer von 11 Tagen die hiesigen Krankenhäuser am unteren Ende der bundesweiten Skala. Nur in Mecklenburg-Vorpommern waren die Krankenhausaufenthalte der Patienten mit durchschnittlich 10,4 Tagen noch etwas kürzer.

Alle wichtigen Fachabteilungen sind in den Krankenhäusern des Landes vertreten. Etwas unterrepräsen-

tiert im Vergleich mit den anderen Bundesländern sind in Schleswig-Holstein die Abteilungen Hals-Nasen-Ohrenheilkunde, Kinderheilkunde und Urologie.

Krebsregister

Aus der Vielzahl von Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen im Gesundheitsbereich ist an dieser Stelle herauszuheben, daß es in Schleswig-Holstein seit 1997 ein Krebsregister gibt, das sich bis zum Jahresende 1997 in der Erprobungsphase befindet und erst ab 01.01.1998 flächendeckend alle Krebs-

erkrankungen erfassen wird. Im Gegensatz zu den Krebsregistern anderer Bundesländer besteht in Schleswig-Holstein eine Auskunftspflicht der Ärzte. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung wird dadurch gewahrt, daß nur mit Zustimmung der betroffenen Patienten eine namentliche Meldung erfolgt. Verweigern die Krebskranken die Zustimmung, ergeht die Meldung anonym. Die Ärztekammer nimmt als Vertrauensstelle die Meldungen entgegen und eine zu diesem Zweck geschaffene Registerstelle, das Institut für Krebs epidemiologie, sammelt die krankheitsbezogenen Daten und wertet diese für Zwecke der Krebsforschung aus.

Dr. Anke Saebetzki

Gesundheit/Krankheit

Unter Gesundheit wird im allgemeinen das Freisein von Krankheiten verstanden, die die physischen Funktionen und die psychische Befindlichkeit beeinträchtigen. Daneben wird das Gesundheitsempfinden noch stark vom individuellen Lebensgefühl des einzelnen beeinflusst. Entsprechend der vielfältigen Aspekte, die bei der Frage nach der Gesundheit der Bevölkerung von Interesse sind, werden unterschiedliche Indikatoren zur Messung der Gesundheit herangezogen, wie z. B. die Lebenserwartung, die Zahl verlorener Lebensjahre, Sterberaten für häufig vorkommende Krankheiten oder die Säuglingssterblichkeit.

Hier interessiert vor allem die Verbreitung von Gesundheit oder Krankheit in Schleswig-Holstein. Als ein Indikator dafür kann die Zahl der Kranken im Verhältnis zur Einwohnerzahl gelten. Im April 1995 fühlten sich 12,7 % der schleswig-holsteinischen Einwohner krank oder waren durch einen Unfall verletzt. Das ergab eine Umfrage zum Gesundheitszustand der Bevölkerung, die im Rahmen des Mikrozensus vom Statistischen Landesamt durchgeführt worden war. Als krank galten dabei neben chronisch Kranken die Personen, die ihre übliche Beschäftigung nicht voll ausüben konnten. Da die Befragten sich selbst einschätzten sind auch subjektive Empfindlichkeiten in der Zahl der Kranken enthalten. Der Anteil von 12,7 % lag etwas über dem für ganz Deutschland geltenden Wert. Die Dauer der Erkrankung wurde häufig mit drei Tagen bis zu einer Woche angegeben. Mehr als ein Drittel der Kranken und Unfallverletzten war allerdings bereits länger als ein Jahr krank. Das zeigt, welche hohe Bedeutung die chronischen Krankheiten neben den kurzfristig kurierbaren Erkrankungen haben.

Das Krankheitsgeschehen hat sich in Schleswig-Holstein wie in allen Industrieländern grundlegend gewandelt. Schon Ende des letzten Jahrhunderts war

die Seuchengefahr stark zurückgegangen. Ansteckende Krankheiten, die meist auf Infektionen beruhen, kamen aber noch sehr häufig vor. Die Überwachung durch die Gesundheitsämter und die Ergreifung von geeigneten Gegenmaßnahmen haben diese Krankheiten inzwischen stark zurückgedrängt. So ist etwa die Verbreitung von Geschlechtskrankheiten wie Syphilis und Tripper noch in den letzten 15 Jahren so weit gesunken, daß sie z. B. 1995 mit zusammen knapp 90 Meldungen praktisch keine Bedeutung mehr für den Gesundheitszustand der Schleswig-Holsteiner haben. Auch die Tuberkulose, in der Nachkriegszeit neben Diphtherie und Typhus die häufigste der lebensbedrohlichen Infektionskrankheiten, hat heute als Massenerscheinung zumindest für die Industrienationen ihren Schrecken verloren. 1995 erkrankten 11 von 100 000 schleswig-holsteinischen Einwohnern – insgesamt 302 – an aktiver Tuberkulose, gestorben sind in dem Jahr „nur“ 22, statistisch gesehen jeder 14. der Erkrankten.

Heute wird die Gesundheit der Bevölkerung neben Krebserkrankungen vor allem durch die sogenannten Zivilisationskrankheiten beeinträchtigt. Gemeint sind damit Krankheiten, die größtenteils durch die moderne Lebensweise bedingt sind, also mit zuwenig Bewegung, schädlichen Ernährungsgewohnheiten und mißbräuchlichem Konsum von Suchtmitteln einhergehen oder durch Umweltverunreinigungen begünstigt werden. Entsprechend hoch sind die Zahlen der stationär behandelten Patienten mit z. B. den Diagnosen Diabetes, Bluthochdruck, Herzrhythmusstörungen, Herzinfarkt, Herzinsuffizienz, Bandscheibenschäden, Arteriosklerose, Gallensteine oder Alkoholabhängigkeit.

1995 zählte man in Schleswig-Holstein knapp 450 000 Krankenhauspatienten. Die häufigsten Diagnosen fielen mit 15 % in die Gruppe der Krankheiten des Kreislaufsystems und mit 11 % in die der bös-

oder gutartigen Neubildungen. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der Patienten dieser beiden Krankheiten 1995 gegenüber 1994 besonders stark angestiegen ist und im gleichen Zeitraum auch die psychiatrischen Krankheiten und die Krankheiten des Skeletts, der Muskeln sowie des Bindegewebes überdurchschnittlich zugenommen haben.

In Schleswig-Holstein starben 1996 31 314 Menschen. Das ergaben die Meldungen zur Todesursachenstatistik, die die Totgeborenen nicht mitzählt. Für fast jeden zweiten Todesfall war eine Erkrankung des Kreislaufsystems verantwortlich. Neun von zehn dieser Todesfälle traten in höherem Alter auf, nämlich bei Personen, die bereits das 65. Lebensjahr erreicht oder überschritten hatten. Dieser hohe Anteil der Herz-Kreislauf-Todesursachen bei der älteren Bevölkerung kann auch als Erfolg der medizinischen Versorgung gewertet werden, der es offensichtlich gelungen ist, vorzeitige Todesfälle zurückzudrängen. Im Alter zwischen 15 und 65 erlagen 1996 „nur“ 1 532

Personen ihren Herz-Kreislaferkrankungen. An gut- oder bösartigen Neubildungen, also an Krebserkrankungen, starben in diesem Alter immerhin 2 235 Personen. Insgesamt wurde ein knappes Viertel der Todesfälle durch eine Krebserkrankung verursacht.

Eine schwere Erkrankung endet nicht immer mit Gesundheit oder mit dem Tod. Bei einigen Patienten bleibt eine Behinderung zurück, andere sind von Geburt an behindert. Der Grad der Behinderung, der zwischen Werten von 20 bis 100 schwanken kann, wird vom Versorgungsamt festgestellt. Ein Wert von 20 bis 49 gilt noch nicht als schwerbehindert. 1995 lebten in Schleswig-Holstein 102 000 Schwerbehinderte mit einem Grad der Behinderung zwischen 50 und 100; das waren 3,7 % der gesamten Bevölkerung. Fast ein Drittel der Schwerbehinderten litt unter einer Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen oder Organsystemen. Gut jeder fünfte Schwerbehinderte hatte den Höchstgrad der Behinderung von 100.

Dr. Anke Saebetzki

Landtagswahlen

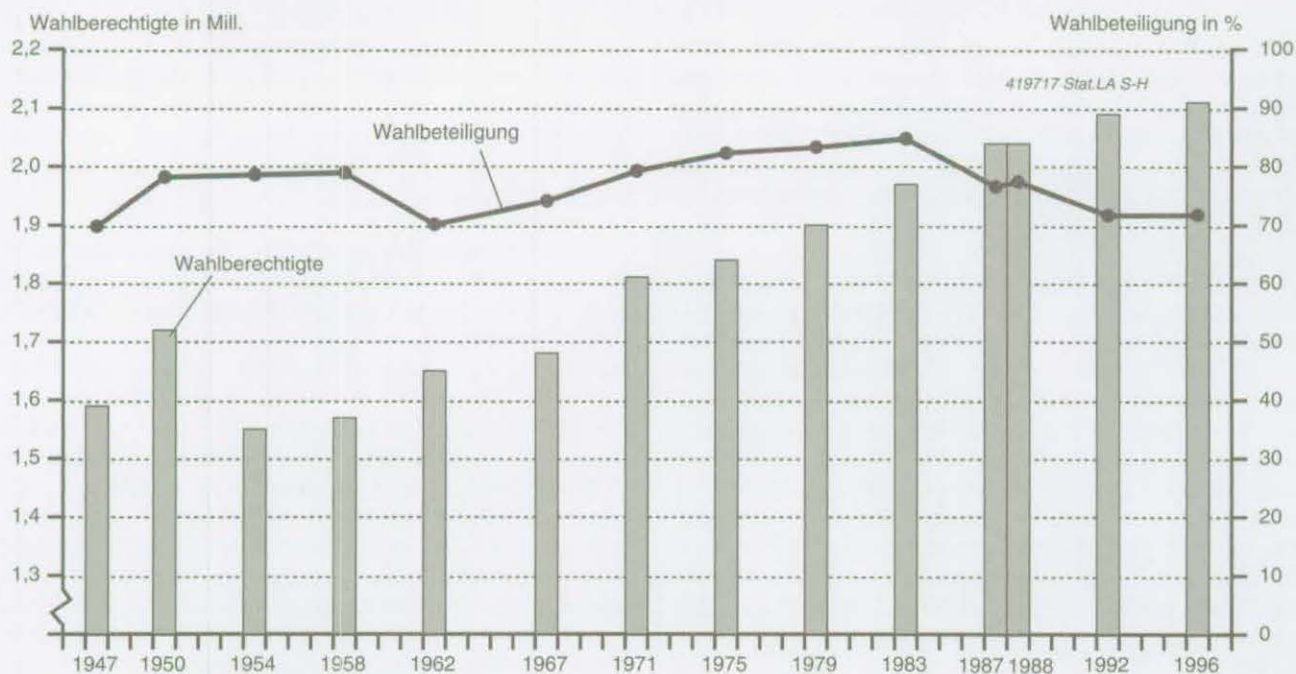
Im föderalen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland und auch nach der Rolle, die die Bundesländer im „Europa der Regionen“ für sich beanspruchen, kommt den Landesparlamenten eine gewichtige und eigenständige Bedeutung zu. Der Schleswig-holsteinische Landtag als parlamentarische Vertretung und gesetzgebendes Organ des Landes wurde seit Ende des Zweiten Weltkriegs bisher vierzehnmal, zuletzt im März 1996, durch freie Wahlen bestimmt.

Erinnert sei daran, daß die ersten Schritte zur Wiederherstellung eines parlamentarischen Systems nach Zusammenbruch des Nationalsozialismus noch von der britischen Militärregierung unternommen wurden. Von ihr wurde Anfang 1946 – noch vor Umwandlung Schleswig-Holsteins als ehemals preußische Provinz in ein selbständiges Land der Bundesrepublik – ein Beirat mit Vertretern aus den Kreisen, der neu entstandenen Parteien und der Berufsverbände berufen, der als sogenannter Provinziallandtag in die Geschichte eingegangen ist. Der zweite, Ende 1946 von der Militärregierung ernannte Landtag basierte in seiner Zusammensetzung bereits auf den Ergebnissen der kurz zuvor stattgefundenen Kreiswahlen. Von ihm wurden die gesetzlichen Grundlagen für die erste Landtagswahl im April 1947 geschaffen.

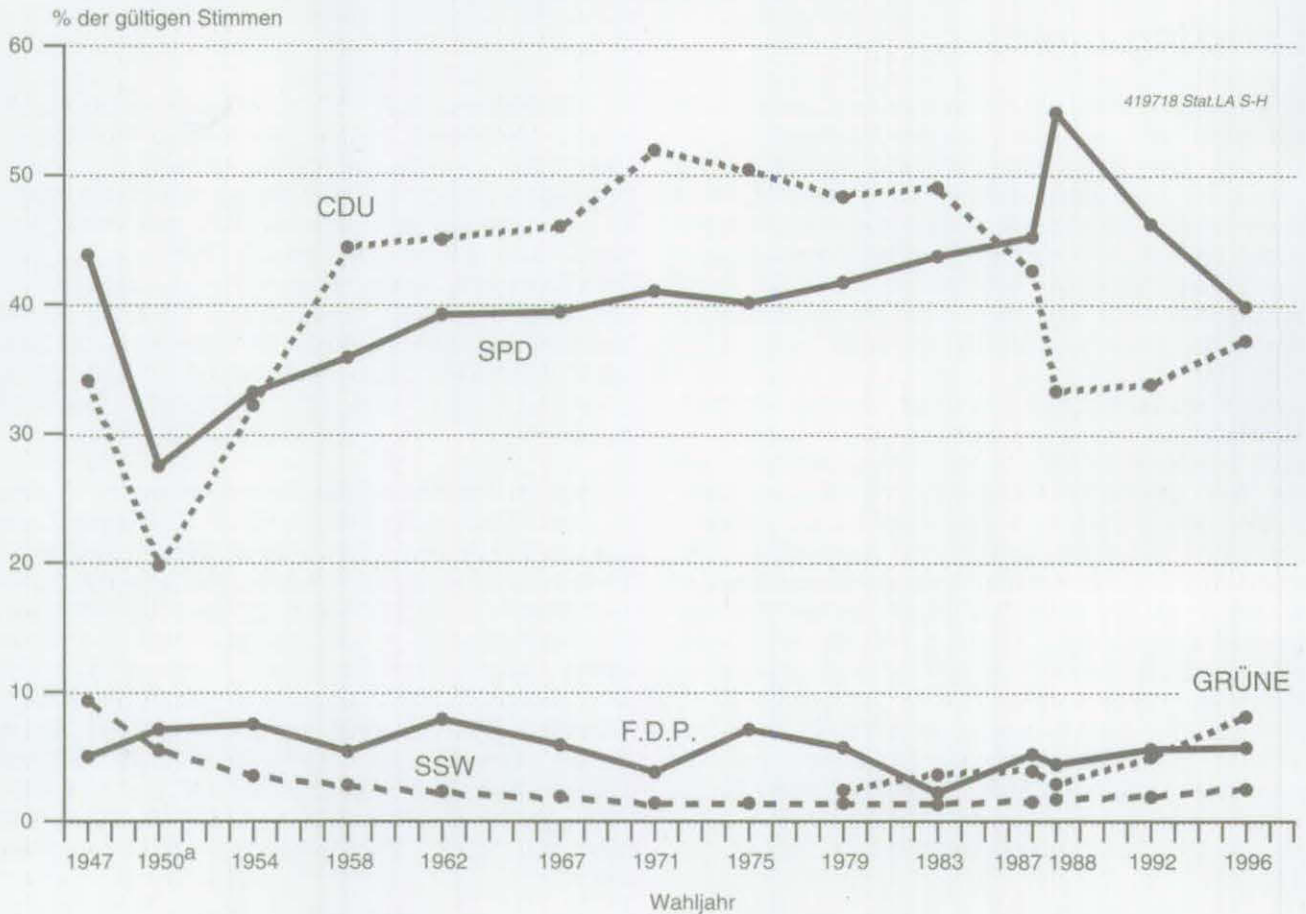
Das Wahlgesetz sah vor, die Abgeordneten durch relative Mehrheiten in den Wahlkreisen zu wählen, sowie einen – anfangs nur begrenzten – Verhältnisausgleich durch Bestimmung weiterer Abgeordneter über Landeslisten. Bereits 1947 galt dabei das heute noch gültige d'Hondtsche Zählverfahren zur Berechnung der Listenmandate. 1950 wurde die 5%-Sperrklausel und zur Landtagswahl 1954 die Mehrheitswahl mit vollem Verhältnisausgleich eingeführt. Die Verteilung der Sitze geschieht seitdem nicht mehr getrennt für Wahlkreise und Landeslisten, sondern insgesamt.

Zu den in den Wahlkreisen direkt Gewählten treten im Verhältnisausgleich mindestens 30 Abgeordnete aus den Landeslisten der Parteien, sofern diese mindestens einen Wahlkreis direkt gewonnen oder 5 % der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigt haben. Überhangmandate, die einer Partei dadurch entstehen können, daß sie mehr Direktmandate (Wahlkreise) gewinnt, als ihr nach dem gesamten Stimmenanteil zustehen, werden durch weitere Sitze für die übrigen Parteien im Landtag ausgeglichen. Die Beschränkungen des Verhältnisausgleichs und seit 1958 auch die 5%-Sperrklausel gelten nicht für die Parteien der dänischen Minderheit.

Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein



Stimmenanteile ausgewählter Parteien bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein



^a CDU, F.D.P. und DP (Deutscher Wahlblock) traten nur mit jeweils einem Kandidaten einer Partei in den Wahlkreisen an.

Seit 1967 bestimmt sich die Größe der Wahlkreise dadurch, daß deren Einwohnerzahl nicht mehr als 25 % von der durchschnittlichen Einwohnerzahl aller Wahlkreise abweichen darf. Aus diesem Grund wurden für die Landtagswahl 1992 die Wahlkreise neu eingeteilt und ihre Zahl um einen auf nunmehr 45 erhöht.

Deutlich gelockert haben sich die anfangs noch starken Einschränkungen im aktiven Wahlrecht. An der ersten Landtagswahl, als noch ein höheres Lebensalter (21 Jahre) und längere Wohnsitzdauer (mindestens 3 Monate in Schleswig-Holstein) gefordert sowie Personen mit nationalsozialistischer Vergangenheit von der Wahl ausgeschlossen waren, konnten sich nur etwa 60 % der Wohnbevölkerung beteiligen, heute sind dies rd. 75 %. Die Zahl der Wahlberechtigten lag bei der letzten Landtagswahl 1996 mit gut 2,1 Millionen Bürgerinnen und Bürgern so hoch wie nie zuvor, was im wesentlichen auf die anhaltenden Wanderungsgewinne der schleswig-holsteinischen Bevölkerung zurückzuführen ist.

Die Beteiligung an Landtagswahlen lag in Schleswig-Holstein seit 1947 immer deutlich unter der für Bundestagswahlen und verzeichnete zudem stärkere Schwankungen. 1992 und 1996 war sie mit knapp 72 % auf einem Niveau, das nur 1947 und 1962 unterschritten wurde.

Die Wahlentscheidungen der Wählerinnen und Wähler haben sich seit der ersten Landtagswahl überwiegend auf die beiden großen Volksparteien CDU und SPD konzentriert, die seit 1958 zusammen jeweils über 80 % der gültigen Stimmen auf sich vereinigen konnten. Abgesehen von der 1. Wahlperiode von 1947 bis 1950 befand sich die SPD über 40 Jahre in der Landtagsopposition, da sie jeweils entweder der CDU deutlich unterlegen war, oder – wie bei den Landtagswahlen 1950 und 1954 – trotz mehr Stimmen als die CDU keine Koalitionspartner zur Bildung einer Regierung fand. Dies gelang damals der CDU, die dann ab 1967 sogar jeweils die absolute Mehrheit der Sitze erringen konnte. Erst mit der Pattsituation zwischen den Lagern der Regierungskoalition und

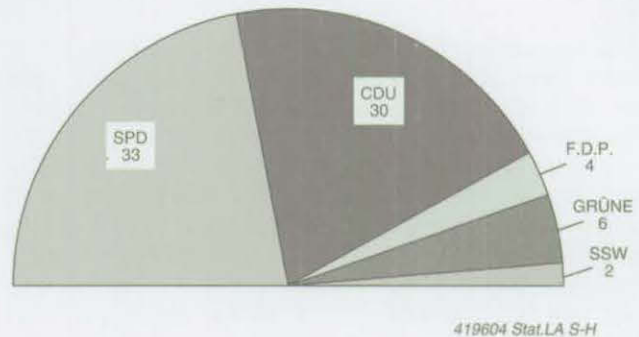
Opposition im Jahre 1987 wendete sich das Blatt. Die nach der „Barschel-Affäre“ angesetzten Neuwahlen im Jahre 1988 führten zu einer in seiner Größenordnung in Schleswig-Holstein nie dagewesenen Änderung der Kräfteverhältnisse. Die SPD errang mit 54,8 % der gültigen Stimmen die absolute Mehrheit mit einem Vorsprung von über 20 %-Punkten vor der CDU, gewann zudem alle Wahlkreise und insgesamt 46 Sitze. Dieser satte Vorsprung ist allerdings wieder stark zurückgegangen. Aus der letzten Landtagswahl 1996 ging die SPD zwar wieder mit 39,8 % der gültigen Stimmen als Sieger hervor, sie war aber bei 33 errungenen Sitzen nunmehr auf eine Koalition mit den GRÜNEN angewiesen, um die Regierung zu bilden. Die CDU blieb mit einem Stimmenanteil von 37,2 % und 30 Sitzen nur noch knapp hinter der SPD zurück.

Von wechselndem Erfolg gekrönt war das Bemühen der F.D.P. um den Einzug in den Schleswig-Holsteinischen Landtag, der ihr 1947, 1971, 1983 und 1988 verwehrt blieb. Beim derzeit letzten Wahlgang reichte es für die F.D.P. bei 5,7 % zu 4 Sitzen im Landesparlament.

Der SSW (Südschleswigscher Wählerverband), als Partei der dänischen Minderheit, kandidiert traditionell nur in einigen Wahlkreisen, überwiegend im nördlichen Landesteil. Dort erzielt er auch heute noch zum Teil zweistellige Ergebnisse. Landesweit liegt sein Stimmenanteil jedoch seit den 50er Jahren deutlich unter 5 %. Da für ihn aufgrund eines Minderheitenstatus die erwähnten Einschränkungen (Sperrklausel und Verhältnisausgleich) nicht gelten, war er jedoch – bis auf die Landtagswahl 1954 – im Landtag stets, zuletzt bei 2,5 % der gültigen Stimmen sogar mit 2 Abgeordneten vertreten gewesen.

Die GRÜNEN, in Schleswig-Holstein 1979 erstmals als „Grüne Liste“ angetreten, schafften den Sprung

Sitzverteilung im Schleswig-Holsteinischen Landtag nach der Landtagswahl 1996



ins Landesparlament erstmals 1996 bei 8,1 % der Stimmen. Sie errangen 6 Sitze und erreichten als Koalitionspartner der SPD zugleich Regierungsbeteiligung, nachdem ihnen 1992 der Einzug noch bei einem Stimmenergebnis von 4,97 % nur äußerst knapp verwehrt geblieben war.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden auch noch einige andere Parteien in den Landtag gewählt, so die Deutsche Partei (DP) im Jahr 1950 und der Schleswig-Holstein Block (SHB) bei der Landtagswahl 1954. Der Einzug gelang von 1950 bis 1962 auch dem Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE, später Gesamtdeutscher Block/BHE und schließlich Gesamtdeutsche Partei/GPD), dessen Wählerpotential überwiegend in den damals im Land sehr zahlreichen Flüchtlingen und Vertriebenen zu sehen war. Episoden blieben bisher auch der Einzug rechtsgerichteter Parteien in den Landtag wie der NPD im Wahljahr 1967 und der DVU bei der Wahl im Jahr 1992, den sie bei den jeweils folgenden Wahlen nicht wiederholen konnten.

Bernd Grocholski-Plescher

Sozialhilfe

Die Sozialhilfe dient der Sicherung eines menschenwürdigen Lebens. Sozialhilfe erhält, wer sich nicht selbst helfen kann und wer keine oder keine ausreichende Hilfe von Angehörigen oder anderen Trägern von Sozialleistungen erhält. Die wichtigsten der Sozialhilfe vorgeschalteten Sozialleistungsträger sind dabei die Zweige der Sozialversicherung, vor allem die Arbeitslosen-, Renten- und seit 1995 die Pflegeversicherung. Als diesen Sozialsystemen nachgeordnet, hat die Sozialhilfe die Funktion eines „Auffangnetzes“ für diejenigen, die durch die vorrangigen Sozialsysteme nicht hinreichend unterstützt werden.

Die heutige Sozialhilfe war ursprünglich als Hilfe in individuellen Notlagen gedacht. Persönliche Hilfe und Beratung sollte dabei vor Einkommensersatz stehen. Heute sind insbesondere ältere Menschen, kinderreiche Familien, alleinstehende Elternteile und Arbeitslose von materieller Armut bedroht. Die daraus entstehenden Notlagen sind allerdings oft nicht individuell oder von kurzer Dauer. Insofern verändert sich die Funktion der Sozialhilfe von der Ausnahme- zur Grundsicherung.

Im Bundessozialhilfegesetz (BSHG) sind als Formen der Sozialhilfe die persönliche Hilfe, wie Beratung, Betreuung und Aufklärung, die Sachleistung und die Geldleistung vorgesehen. Die Sachleistungen nehmen nur eine untergeordnete Rolle ein, weil sie unter bestimmten Umständen nicht dem Anspruch auf menschenwürdige Hilfe entsprechen. Am häufigsten werden sicherlich die Geldleistungen gewährt. Als Geldleistungen gewährt das BSHG die Hilfe zum Lebensunterhalt und die Hilfe in besonderen Lebenslagen, die ursprünglich den Schwerpunkt der Sozialhilfe bilden sollte. Die Hilfe zum Lebensunterhalt dient der Befriedigung der Grundbedürfnisse. Sie wird entweder laufend nach jährlich festgesetzten Regelsätzen und Mehrbedarfzuschlägen gezahlt oder als einmalige Leistung, z. B. als Heizkostenzuschuß. Die dritte Möglichkeit der Hilfe zum Lebensunterhalt besteht in der Gewährung von Hilfe zur Arbeit. Wird für den Hilfesuchenden Gelegenheit zu gemeinnütziger und zusätzlicher Arbeit geschaffen, kann ihm entweder das übliche Arbeitsentgelt oder Hilfe zum Lebensunterhalt zuzüglich einer angemessenen Entschädigung für Mehraufwendungen gewährt werden. Beispiele für die Hilfe in besonderen Lebenslagen sind Eingliederungshilfen, Hilfe zur Pflege oder als sonstige Hilfen solche für den Aufbau beruflicher Existenzen.

Nach Jahren des starken Anstiegs sind die Ausgaben für Sozialhilfe in Schleswig-Holstein 1996 erstmalig

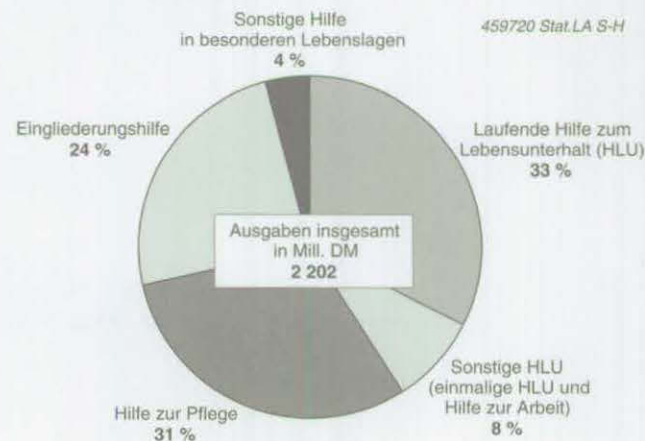
gesunken, und zwar um 1,6 % auf rund 2,2 Mrd. DM. Sie lagen aber noch um 33 % über den Sozialhilfeausgaben des Jahres 1991. 1996 entwickelten sich die beiden Arten der Sozialhilfe unterschiedlich. Während die Hilfe zum Lebensunterhalt um 3,3 % auf etwa 902 Mill. DM stieg, fiel die Hilfe in besonderen Lebenslagen um 4,8 % auf rund 1,3 Mrd. DM. Das relativ geringe Ausmaß beim Anstieg der Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt ist u. a. darauf zurückzuführen, daß zum August 1996 eine Reform des Sozialhilferechts in Kraft trat, die den Anstieg der Kosten für Sozialhilfe bremste. Dem wirkte allerdings eine Kürzung der Arbeitslosenhilfe ab 1996 entgegen und zwar dergestalt, daß sich dadurch der Anspruch auf Sozialhilfe erhöhte.

Die Ausgaben für Hilfe in besonderen Lebenslagen sanken, weil am 1. Juli 1996 das Pflege-Versicherungsgesetz für den stationären Bereich in Kraft trat und erhebliche Entlastungen bei der Sozialhilfe mit sich brachte.

Ein Blick auf die Struktur der Sozialhilfeausgaben Schleswig-Holsteins in Höhe von 2,2 Mrd. DM zeigt, daß die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt mit einem Anteil von 33 % 1996 deutlich mehr Gewicht hat, als einmalige Leistungen und Hilfe zur Arbeit (8 %).

Für die Hilfe zur Pflege wurden 1996 671 Mill. DM ausgegeben, das sind 52 % und damit der größte Anteil der Ausgaben für Hilfen in besonderen Lebenslagen (1,3 Mrd. DM). 1994, im Jahr bevor das Pflegeversicherungsgesetz in Kraft trat, waren für die Pflegehilfe 107 Mill. DM mehr ausgegeben worden.

Ausgaben für Sozialhilfe nach Art der Hilfe in Schleswig-Holstein 1996



Reine Ausgaben für Sozialhilfe in Schleswig-Holstein 1995 und 1996

KREISFREIE STADT Kreis Ministerium	Reine Ausgaben in 1 000 DM		Reine Ausgaben je Einwohner ¹ in DM	
	1995	1996	1995	1996
FLensburg	110 107	100 167	1 252	1 148
KIEL	280 082	260 250	1 138	1 068
LÜBECK	218 054	213 961	1 006	986
NEUMÜNSTER	78 851	70 214	962	856
Dithmarschen	76 847	73 461	578	551
Herzogtum Lauenburg	94 033	92 587	559	544
Nordfriesland	87 220	86 982	553	547
Ostholstein	103 995	102 379	530	519
Pinneberg	161 141	154 183	574	546
Plön	63 798	56 975	512	454
Rendsburg-Eckernförde	140 555	136 021	550	527
Schleswig-Flensburg	106 381	104 505	571	555
Segeberg	99 871	94 746	427	400
Steinburg	74 493	69 432	565	521
Stormarn	91 891	91 837	444	440
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales	11 936	11 919	-	-
Schleswig-Holstein	1 799 255	1 719 621	664	631

¹ Bevölkerung am 31.12. des Berichtsjahres

Den Ausgaben für Sozialhilfe stehen Einnahmen aus Kostenersatz und Erstattungen gegenüber, die 1996 fast 23 % der Ausgaben für die gesamten Hilfen zum Lebensunterhalt (902 Mill. DM) ausmachten. Der Saldo aus Ausgaben und Einnahmen wird in der Statistik als reine Ausgaben ausgewiesen. 1996 fielen an reinen Ausgaben für die Sozialhilfe rund 1,7 Mrd. DM an; 4,4 % weniger als 1995. Von den 1,7 Mrd. DM wurden 676 Mill. DM für Hilfe zum Lebensunterhalt gezahlt. Die Sozialhilfeausgaben werden zum größten Teil von den Kreisen und kreisfreien Städten getragen und nur zum geringen Teil vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Sie sind nach Kreisen sehr unterschiedlich, je nachdem, wie häufig nicht der ganze Regelsatz, sondern nur ergänzende Sozialhilfe gezahlt werden muß.

In der Landeshauptstadt waren 1995 wie auch 1996 die reinen Sozialhilfeausgaben am höchsten. Bezogen auf die Einwohnerzahl wird Kiel sogar noch von Flensburg überflügelt. Die niedrigsten Pro-Kopf-Ausgaben wiesen die Kreise Segeberg (1996: 400 DM) und Stormarn (1996: 440 DM) aus. In allen Kreisen und kreisfreien Städten sind die reinen Ausgaben

1996 gesunken. Dies ist im wesentlichen auf die Entlastung bei der Hilfe zur Pflege zurückzuführen, die mit den Leistungen aus der Pflegeversicherung einherging.

Während in der Statistik der Ausgaben für Sozialhilfe alle Ausgaben nach dem BSHG enthalten sind, umfaßt die Statistik der Empfänger nur die Bezieher von laufender Sozialhilfe, nicht aber die Empfänger von einmaligen Hilfen und von Hilfe zur Arbeit. Seit den 70er Jahren ist in Schleswig-Holstein die Zahl der so ermittelten Sozialhilfeempfänger stark gewachsen. Am Jahresende 1995 erhielten immerhin 51 je 1 000 Einwohner in Schleswig-Holstein Sozialhilfe. Etwa 30 % unter ihnen waren noch keine 15 Jahre alt. Der Anstieg geht vor allem auf die Entwicklung der Empfängerzahlen von Hilfe zum Lebensunterhalt zurück. Heute erhalten vier von fünf Sozialhilfeempfängern Hilfe zum Lebensunterhalt. Ihre Zahl hat sich in den vergangenen 30 Jahren je 1 000 Einwohner fast vervierfacht (1995: 41), während sich gleichzeitig die Zahl der Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen je 1 000 Einwohner nur relativ wenig erhöhte (1995: 14).

Empfänger von Sozialhilfe in Schleswig-Holstein am 31.12.1995

Geschlecht	Sozialhilfeempfänger insgesamt	Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt			Hilfe in besonderen Lebenslagen				
		zusammen		darunter	zusammen		darunter		
		Anzahl	je 1 000 Einwohner	außerhalb von Einrichtungen	Anzahl	je 1 000 Einwohner	Krankenhilfe	Hilfe zur Pflege	Eingliederungshilfe
Männlich	60 513	47 970	18	47 723	16 721	6	3 823	5 571	7 267
Weiblich	79 585	64 330	24	63 641	20 548	8	4 105	11 292	5 067
Insgesamt	140 098	112 300	41	111 364	37 269	14	7 928	16 863	12 334
Dagegen 1994	123 416	94 063	35	92 811	38 690	14	6 881	21 064	10 929

Hilfe zum Lebensunterhalt wird in den allermeisten Fällen außerhalb von Einrichtungen wie Altenheimen oder anderen Heimen gezahlt. Im Gegensatz dazu leben 55 % der Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen in Heimen dieser Art. Der durchschnittliche Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen erhält daher wegen der Unterbringungskosten häufig einen Sozialhilfebetrag, der den des durchschnittlichen Empfängers von Hilfe zum Lebensunterhalt stark übersteigt. Wenn in der Öffentlichkeit von Sozialhilfeempfängern die Rede ist, dann sind meist nur die Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen gemeint. Dieser Teil der Sozialhilfe wird deshalb auch als Sozialhilfe im engeren Sinn bezeichnet. Der Anteil der Frauen beträgt

bei beiden Sozialhilfearten deutlich mehr als die Hälfte. Das deutet darauf hin, daß Frauen häufiger als Männer unzureichende Versorgungsansprüche oder ein zu geringes Einkommen haben.

Seit dem 1. November 1993 erhalten Asylbewerber keine Sozialhilfe mehr, sondern Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Bei der Interpretation der Entwicklung der Sozialhilfezahlen, auf der Ausgaben- wie auf der Empfängerseite, muß man insofern berücksichtigen, daß ab 1994 dieser Empfängerkreis gesondert erfaßt wird. 1996 wurden in Schleswig-Holstein 9 162 Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gezählt, für die 103 Mill. DM ausgegeben wurden.

Dr. Anke Saebetzki

Jugendhilfe

Mit dem Begriff Jugendhilfe werden alle Leistungen und Aufgaben, die sich mit der Jugend befassen, bezeichnet. Dazu gehören einerseits die präventiv orientierten Leistungen der Jugendhilfe in den Bereichen Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Kinder- und Jugendschutz, Erziehungsförderung in der Familie, Förderung in Tageseinrichtungen und Tagespflege, Hilfe zur Erziehung und Hilfe für junge Volljährige und andererseits die Maßnahmen der Jugendbehörden, wie Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche, Mitwirkungen in gerichtlichen Verfahren und die Durchführung von Pflegschaften und Vormundschaften. Die Leistungen und die anderen Aufgaben der Jugendhilfe, deren Durchführung bei den Kommunen liegt, sind im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) geregelt, welches Bestandteil des Sozialgesetzbuches ist.

Statt ordnungspolitischer und eingriffsrechtlicher Regelungen, die früher das Jugendhilferecht dominierten, stehen heute beratende, pädagogische und kooperative Unterstützungsmaßnahmen im Mittelpunkt des Gesetzes. Die Ziele der Jugendhilfe sind gemäß KJHG:

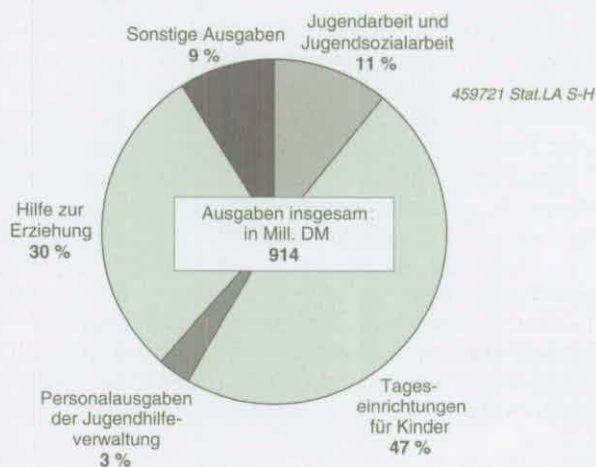
- Junge Menschen zu fördern,
- Benachteiligungen zu vermeiden und abzubauen,
- andere Erziehungsberechtigte zu beraten und zu unterstützen,
- Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen und zur Gestaltung einer kinder- und familienfreundlichen Umwelt und damit insgesamt positiven Lebensbedingungen für junge Menschen beizutragen.

Zum KJHG gibt es in Schleswig-Holstein mit dem Jugendförderungsgesetz ein Ausführungsgesetz, das Ziele, Grundsätze und Förderschwerpunkte der Jugendhilfe in Schleswig-Holstein enthält. Dort ist auch die kontinuierliche Jugendhilfeplanung auf Kreis- und Landesebene verankert. Im Landesjugendhilfeplan ist das Selbstverständnis der Kinder- und Jugendpolitik dargelegt, die sich als Querschnittsfunktion in alle anderen Politikfelder einmischen kann. Dabei hat die Jugendhilfe insgesamt die Aufgabe, als Vertreter der gesellschaftlichen Gruppe der Kinder und Jugendlichen die langfristigen Konsequenzen von aktuellen Entscheidungen zu prüfen und in die Entscheidungsfindung die Belange junger Menschen einzubringen.

Die Leistungen der Jugendhilfe spiegeln sich in den Ausgaben wieder. Insgesamt wurden 1996 für die Jugendhilfe 914 Mill. DM in Schleswig-Holstein aus öffentlichen Haushalten aufgewendet. Nicht enthalten

ist dabei die „angemessene Eigenleistung“, die freie Träger als Voraussetzung für Fördermittel nachweisen müssen. Die tatsächlichen Ausgaben für Jugendhilfe liegen demnach um einen unbekanntem Betrag höher. Der Schwerpunkt der öffentlichen oder mit öffentlichen Mitteln unterstützten Jugendhilfe in Schleswig-Holstein liegt ganz deutlich auf der Förderung von Kindertageseinrichtungen und auf Angeboten an Hilfe zur Erziehung.

Ausgaben für Jugendhilfe nach Leistungsbereichen in Schleswig-Holstein 1996



Zu den sonstigen Ausgaben zählen etwa Ausgaben für die allgemeine Förderung der Familie, für die gemeinsame Unterbringung von Müttern und Vätern mit ihren Kindern und für Mitarbeiterfortbildung. Außerdem fallen darunter die Ausgaben für die Maßnahmen der Jugendbehörden, z. B. die Ausgaben für Adoptionsvermittlung, für Amtspflegschaften und -vormundschaften oder für vorläufige Inobhutnahmen junger Menschen durch das Jugendamt.

1996 wurde in Schleswig-Holstein fast die Hälfte (47 %) der 914 Mill. DM für Kindertageseinrichtungen aufgewendet. Der herausgehobene Stellenwert von Tageseinrichtungen im Rahmen der Jugendhilfeausgaben hängt unter anderem damit zusammen, daß es seit dem 01.01.1996 einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für alle drei- bis sechsjährigen Kinder gibt. Im Bewußtsein einer erheblichen Lücke zwischen Betreuungsangebot und Betreuungsbedarf sowie in Erwartung des Rechtsanspruchs ha-

Hilfe zur Erziehung nach Hilfeart, Zahl der Fälle, durchschnittliche Dauer der Hilfe und Höhe der Ausgaben in Schleswig-Holstein 1996

Hilfeart	Beratungs- oder Betreuungsfälle	Durchschnittliche Dauer der Hilfe in Monaten	Ausgaben in Mill. DM
Institutionelle Beratung	9 658	6	7,8
Soziale Gruppenarbeit	117	7	1,9
Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer	371	39	3,2
Sozialpädagogische Familienhilfe	141	23	9,6
Erziehung in einer Tagesgruppe	395	19	17,6
Vollzeitpflege	383	62	49,6
Heimerziehung, Erziehung in einer sonstigen betreuten Wohnform	775	28	124,2
Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung	31	10	7,0
Insgesamt	11 871	x	220,8

ben sich in den letzten Jahren öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe nach Kräften um einen Ausbau der Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder bemüht. Durch die Landesregierung sind sie dabei mit Zuschüssen unterstützt worden. Wenn der Bedarf an Tagesstätten gedeckt ist, wird also möglicherweise dieser Ausgabenanteil etwas zurückgehen. Der volle Bedarf an Tagesstätten wird aber erst ab 1999 sichtbar, denn bis dahin gilt in Schleswig-Holstein eine Übergangsregelung, die nicht ab dem Geburtstag des Kindes, sondern ab festgelegten Stichtagen den Anspruch auf einen Kindergartenplatz gewährt. Erst von 1999 an gilt der Rechtsanspruch direkt ab dem dritten Geburtstag.

Für die Hilfe zur Erziehung wurde 1996 mit 271 Mill. DM fast ein Drittel (30 %) aller Jugendhilfeausgaben aufgewendet. Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen werden in Familienpflege, Heimen und sonstigen Einrichtungen sowie durch andere geeignete Maßnahmen erzieherische Hilfen gewährt. Die Auswahl der Hilfeart richtet sich dabei nach dem Bedarf im Einzelfall. Das KJHG nennt einen Katalog von sozialpädagogischen Hilfeangeboten, die durch die Entwicklung weiterer Angebote ergänzt werden können. Wie sich die Beratungsfälle und die Ausgaben verteilen, kann der obigen Tabelle entnommen werden.

Die Ausgaben für Hilfe zur Erziehung konzentrieren sich auf die sehr kostenintensive Heimerziehung, die 1996 einen Anteil von 56 % an den gesamten Ausgaben für Erziehungshilfen einnimmt. Nur 3,5 % dagegen machen die öffentlichen Ausgaben für Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen aus, in denen institutionelle Beratung stattfindet. Diese stark präventiv orientierte Hilfeart wird in vier von fünf Beratungsfällen von einem freien Träger durchgeführt. Hier trifft also in starkem Maß das oben Ge-

sagte zu: Die tatsächlichen Kosten für die Beratungsstellen und damit für diese Hilfeart liegen höher.

Die ambulanten Hilfen haben gegenüber der stationären Heimerziehung in Schleswig-Holstein eine besondere Bedeutung. Eine Studie im Auftrag des Ministeriums für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau kam im April 1997 zu dem Ergebnis, daß die Jugendämter in Schleswig-Holstein eine Spitzenstellung hinsichtlich des Angebots ambulanter Hilfen einnehmen. Damit wird der Zielsetzung des KJHG gefolgt, Hilfen in einem breiten Leistungsspektrum zunehmend auch ambulant anzubieten.

Die Angebote der Jugendarbeit als Teil der Jugendhilfe richten sich als Jugendverbandsarbeit oder als offene Jugendarbeit grundsätzlich an alle junge Menschen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen. Neben Freizeitgestaltung umfaßt die Jugendarbeit vor allem die außerschulische Jugendbildung, die Kinder- und Jugenderholung und die internationale Jugendarbeit, wobei der Schwerpunkt der Ausgaben auf der Kinder- und Jugenderholung liegt. Im Landesjugendhilfeplan sind die Grundsätze der Jugendarbeit und die verschiedenen Angebote beschrieben.

Anders als die Jugendarbeit richtet sich Jugendsozialarbeit im Rahmen der Jugendhilfe an die besonders benachteiligten Jugendlichen und versucht einerseits, durch gezielte Maßnahmen die Benachteiligungen der Jugendlichen abzubauen, und ist andererseits bemüht, mit ihren Angeboten gesellschaftlich bedingten Mängellagen und Integrationsproblemen entgegenzuwirken.

Dr. Anke Saebetzki

Einkommen und Einnahmen sowie Ausgaben privater Haushalte

Allgemein bezeichnet man als Einkommen die einer Wirtschaftseinheit in einer Zeitperiode aufgrund von Arbeitsleistungen (Arbeitseinkommen) und/oder Vermögensbesitz (Besitzeinkommen) zustehenden Güter und Dienstleistungen. Man konzentriert sich dabei in der Regel auf die Geld-Einkommen, d. h. auf den monetären Gegenwert der realen Güter und Dienstleistungen. In der Wirtschaftstheorie werden auf der Mikroebene die Individualeinkommen nach Entstehung, Verwendung und Zusammenhängen mit anderen mikroökonomischen Variablen untersucht. Auf der Makroebene gilt der Blickpunkt dem Volkseinkommen und dem Sozialprodukt, das dann hinsichtlich Entstehung, Verteilung und Verwendung erforscht wird.

An dieser Stelle gilt der Blick der Mikroebene. Als wirtschaftende Einheit soll der private Haushalt betrachtet werden. Den Einkommen und Einnahmen der privaten Haushalte sollen die Ausgaben gegenübergestellt werden. Als empirische Grundlage wer-

den dabei die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 verwendet. Bei dieser Erhebung, die im zeitlichen Abstand von fünf Jahren stattfindet, führen freiwillig teilnehmende Privathaushalte ein Jahr lang Haushaltsbücher über ihre Einnahmen und Ausgaben. Über Interviews werden zusätzlich Daten über die soziodemographische Struktur der Haushalte, ihre wirtschaftliche und soziale Situation sowie ihre Ausstattung mit ausgewählten Gebrauchsgütern gewonnen. Die hier vorgestellten Ergebnisse basieren auf der Auswertung der Daten von 2 233 Haushalten¹ in Schleswig-Holstein.

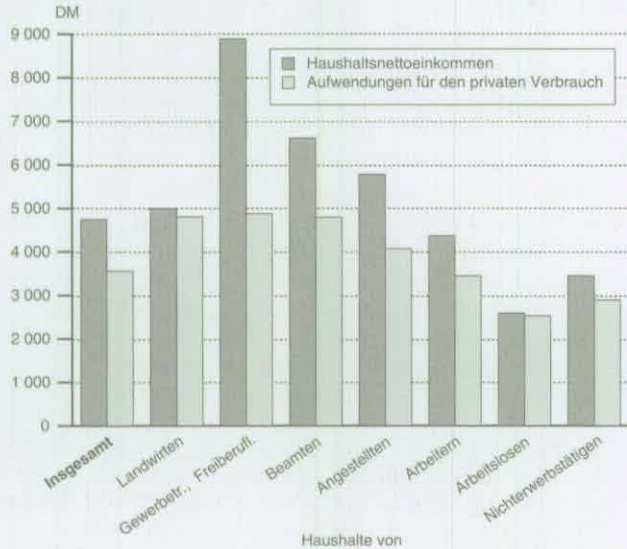
¹ Unter einem privaten Haushalt im Sinne dieser Erhebung versteht man jede Personengemeinschaft, die zusammen wohnt und eine gemeinsame Hauswirtschaft führt. Allgemein nicht in die Erhebung einbezogen wird die sogenannte „Anstaltsbevölkerung“ (z. B.: Insassen von Alten- und Pflegeheimen). Aufgrund der geringen Fallzahlen werden private Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr nicht bei der Darstellung der Ergebnisse berücksichtigt.

Gesamteinnahmen und -ausgaben der privaten Haushalte¹ 1993 in DM je Haushalt und Monat

Gegenstand der Nachweisung	Schleswig-Holstein	Früheres Bundesgebiet
Einkommen und Einnahmen		
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	3 304	3 445
Bruttoeinkommen aus selbständiger Arbeit	594	569
Einnahmen aus Vermögen	645	703
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	1 176	1 141
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen	137	126
Einnahmen aus Untervermietung	/	1
Einnahmen aus einmaligen und unregelmäßigen Übertragungen und aus dem Verkauf von Waren	242	243
Einnahmen aus Vermögensumwandlung und Kreditaufnahme	1 435	1 592
Gesamteinnahmen	7 536	7 820
Ausgaben		
Steuern auf Einkommen und Vermögen	668	691
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	500	523
Versicherungsbeiträge	284	286
Sonstige Einkommensübertragungen	207	209
Ausgaben für Vermögensbildung	1 732	1 925
Rückzahlung von Krediten	482	503
Aufwendungen für den privaten Verbrauch	3 560	3 639
Statistische Differenz	103	44
Gesamtausgaben	7 536	7 820

¹ ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr und ohne Haushalte in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften

**Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993:
Haushaltsnettoeinkommen und Aufwendungen
für den privaten Verbrauch in Schleswig-Holstein
nach dem Haushaltstyp**



269701 Stat.LA S-H

Nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 hatten die privaten Haushalte in Schleswig-Holstein im Durchschnitt mit 7 536 DM um 3,6 % niedrigere Gesamteinnahmen als die Haushalte im früheren Bundesgebiet. In Schleswig-Holstein hatte das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit mit 43,8 % den größten Anteil an den Gesamteinnahmen. Es folgten die Einnahmen aus Vermögensumwandlung und Kreditaufnahme mit 19,0 % und die Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen – hierzu gehören u. a. Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, Pensionen, Sozialhilfe und Kindergeld – mit 15,6 %. Eine ähnliche Struktur wurde im früheren Bundesgebiet festgestellt.

Bei den Ausgaben standen zwei Positionen in Schleswig-Holstein an vorderster Stelle. Die Aufwendungen für den privaten Verbrauch betragen 47,2 % und die Ausgaben für Vermögensbildung 23,0 % der Gesamtausgaben. Deutliche Unterschiede zum früheren Bundesgebiet wurden bei der Struktur der Ausgaben nicht wahrgenommen.

Die Analyse der Einkommen und Einnahmen sowie Ausgaben aller privaten Haushalte kann allerdings nur einen ersten Einblick zur Situation der Haushalte liefern. Um tiefere Erkenntnisse zu gewinnen, lohnt eine Untergliederung nach der sozialen Stellung der Bezugsperson der Haushalte. Statt der Gesamteinnahmen wird das Haushaltsnettoeinkommen verwendet. Dies ist im wesentlichen das Einkommen, das der Haushalt regelmäßig erhält. Das Haushaltsnetto-

einkommen² bildet den finanziellen Verfügungsrahmen eines Haushalts, woraus er seine dauernden Ausgaben bestreitet. Die Aufwendungen für den privaten Verbrauch sollen als größte Ausgabe position dem Haushaltsnettoeinkommen gegenübergestellt werden.

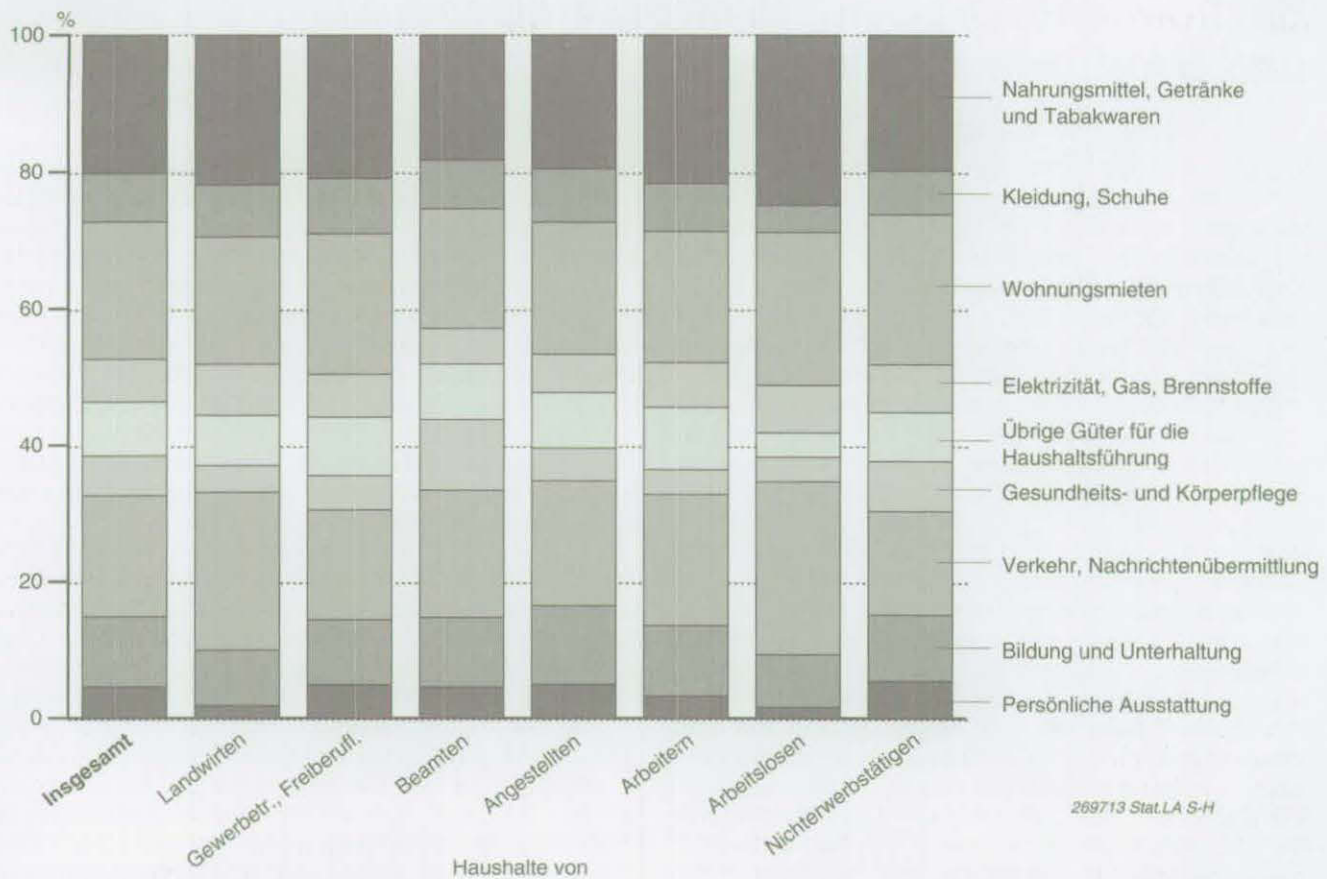
In Schleswig-Holstein wurden die höchsten durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen bei den Haushalten von Selbständigen (Gewerbetreibende und Freiberufler) ermittelt. Das Nettoeinkommen dieser Haushalte betrug 1993 monatlich 8 888 DM, wovon 55 % für den privaten Verbrauch ausgegeben wurden. Die Haushalte von Arbeitslosen verfügten mit 2 585 DM über die niedrigsten monatlichen Nettoeinkommen, die fast vollständig für den privaten Verbrauch verwendet wurden. Auch die Haushalte von Landwirten verwendeten ihr Nettoeinkommen fast vollständig für den privaten Verbrauch, jedoch verfügten sie mit 5 003 DM über ein erheblich höheres monatliches Haushaltsnettoeinkommen. Die übrigen Haushaltstypen gaben zwischen 70 % und 84 % ihres monatlichen Nettoeinkommens für den privaten Verbrauch aus. Die Zahlen der Haushalte von Arbeitslosen und Landwirten sind allerdings statistisch relativ unsicher, weil dieser Typus in der Stichprobe nicht so häufig vorkommt.

Für welche Gütergruppen haben die Haushalte in Schleswig-Holstein nun ihr Einkommen ausgegeben? In der Abbildung auf der Folgeseite ist hierzu die Struktur der Aufwendungen für den privaten Verbrauch dargestellt. Im Durchschnitt aller Haushalte entfielen je ein Fünftel der Aufwendungen für den privaten Verbrauch auf Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren und die Wohnungsmieten. Rund 18 % gaben die Haushalte für Verkehr und Nachrichtenübermittlung – hierzu gehören u. a. die Ausgaben für Auto, Bahn, Bus, Telefon und Porto – aus, etwa 10 % für Bildung und Unterhaltung. Auf alle übrigen Gütergruppen entfielen zwischen 5 % und 8 % der Aufwendungen für den privaten Verbrauch. Hier und im folgenden beziehen sich die Prozentangaben nicht auf das Haushaltsnettoeinkommen, sondern auf die Ausgaben für den privaten Verbrauch.

Die Verbrauchsstruktur der einzelnen Haushaltstypen ist erwartungsgemäß recht unterschiedlich. Die Haushalte von Landwirten gaben mit 23 % relativ viel im

² Man erhält das Haushaltsnettoeinkommen aus dem Haushaltsbruttoeinkommen, wenn man von diesem die Steuern auf Einkommen und Vermögen sowie die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung abzieht. Das Haushaltsbruttoeinkommen wiederum berechnet man aus den Gesamteinnahmen durch Subtraktion der Positionen Vermögensübertragungen, Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und aus Vermögensumwandlung sowie Kreditaufnahme und statistische Differenz.

**Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993:
Struktur der Aufwendungen für den privaten Verbrauch in Schleswig-Holstein**



269713 Stat.LA S-H

Vergleich zu den anderen Haushaltstypen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung, relativ wenig mit unter 2 % für Güter der persönlichen Ausstattung – hierzu gehören u. a. Pauschalreisen und Hotelübernachtungen – aus. Die Haushalte von Selbständigen, Beamten, Angestellten und Arbeitern besaßen eine Ausgabenstruktur, die nicht wesentlich von der Struktur der Haushalte insgesamt abwich. Auffällig war allerdings der mit über 10 % relativ hohe Ausgabenanteil für Gesundheits- und Körperpflege bei den Haushalten von Beamten, der auf Vorleistungen für ärztliche Versorgung und Medikamente im Rahmen der Beihilfe zurückzuführen ist. Arbeiterhaushalte gaben für diese Position weniger als 4 % ihrer gesamten Aus-

gaben für den privaten Verbrauch aus. Die Gütergruppen Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren, Wohnungsmieten sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung machten bei den Haushalten von Arbeitslosen mehr als 72 % – und damit deutlich mehr als bei allen anderen Haushaltstypen – ihrer Ausgaben aus. Entsprechend geringe Anteile blieben damit für die anderen Positionen bei diesen Haushalten übrig. Die Haushalte von Nichterwerbstätigen schließlich verwendeten lediglich rund 15 % ihrer Gesamtausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Dafür entfiel auf die Wohnungsmieten mit 22 % ein relativ hoher Ausgabenanteil.

Thorsten Quiel

Bruttoinlandsprodukt, Bruttosozialprodukt und Bruttowertschöpfung

Inlands- und Sozialprodukt sind die wohl bekanntesten wirtschaftspolitischen Indikatoren, auch wenn bei weitem nicht jeder, der diese Begriffe verwendet, sie auch konkret definieren kann. Zunächst sollte man wissen, daß Bruttoinlands- und Bruttosozialprodukt nicht nur für nationale Volkswirtschaften, sondern auch für Bundesländer wie Schleswig-Holstein gemessen werden und daß der definitorische Unterschied zwischen beiden Begriffen gerade für Schleswig-Holstein, wo jeder siebte erwerbstätige Einwohner im Nachbarland Hamburg arbeitet, auch quantitativ durchaus bedeutsam ist.

Das Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins wird jahresweise berechnet. Es ist die Summe aller Güter und Dienstleistungen, die nach Abzug der Vorleistungen, also der Käufe von anderen Unternehmen, auf Arbeitsplätzen im Lande innerhalb eines Jahres entstanden ist. Dieses Produkt wird üblicherweise zu Marktpreisen bewertet, d. h. es enthält auch die indirekten Steuern, während Subventionen abgezogen werden. Es wird in den Preisen des jeweiligen Jahres wie auch in Preisen eines für die Zeitreihe einheitlichen Basisjahres gemessen. Das Präfix „brutto“ drückt aus, daß bei diesem Aggregat der Verzehr von Sachkapital, der im Produktionsprozeß stattfindet, noch nicht als Abschreibungen abgesetzt ist. Die Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr wird, wenn beide Produkte zu Preisen des gemeinsamen Basisjahres gemessen sind, üblicherweise als Maß für das Wirtschaftswachstum verwendet. 1996 betrug das Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins nominal, also in Preisen von 1996, etwa 111 Mrd. DM. Hätte man diesen Betrag in Hundertmarkscheinen zur Verfügung, könnte man damit mehr als die gesamte Fläche des Kreises Herzogtum Lauenburg bedecken.

An der Entstehung des Bruttoinlandsprodukts Schleswig-Holsteins 1996 haben im Jahresmittel 1 077 000 erwerbstätige Menschen mitgewirkt. Dies sind teilweise auch Einpendler aus Dänemark oder aus anderen Bundesländern. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Erwerbstätigen liegt mit 102 800 DM um etwa ein Zehntel unter dem Schnitt der westdeutschen Bundesländer und um 40 DM über dem Wert für Deutschland. In Preisen von 1991 gerechnet, also unter Ausschaltung der Preisveränderungen, betrug das Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins 98 Mrd. DM. Das sind 1,0 % mehr als 1995 und 84 % mehr als 1970.

Das Bruttosozialprodukt Schleswig-Holsteins stellt nicht auf die wirtschaftliche Tätigkeit ab, die innerhalb der Landesgrenzen stattfindet, sondern auf die wirtschaftliche Leistung, die die Schleswig-Holsteiner – wo auch immer in der Welt – erbracht haben. Dies schließt auch Vermögenseinkommen ein, also etwa Sparzinsen oder Dividendenzahlungen von – wo auch immer angesiedelten – Aktiengesellschaften, ebenso die unverteilteten Gewinne der schleswig-holsteinischen Kapitalgesellschaften. Der Unterschied zum Bruttoinlandsprodukt liegt allein im Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die zwischen Schleswig-Holsteinern und der übrigen Welt fließen.

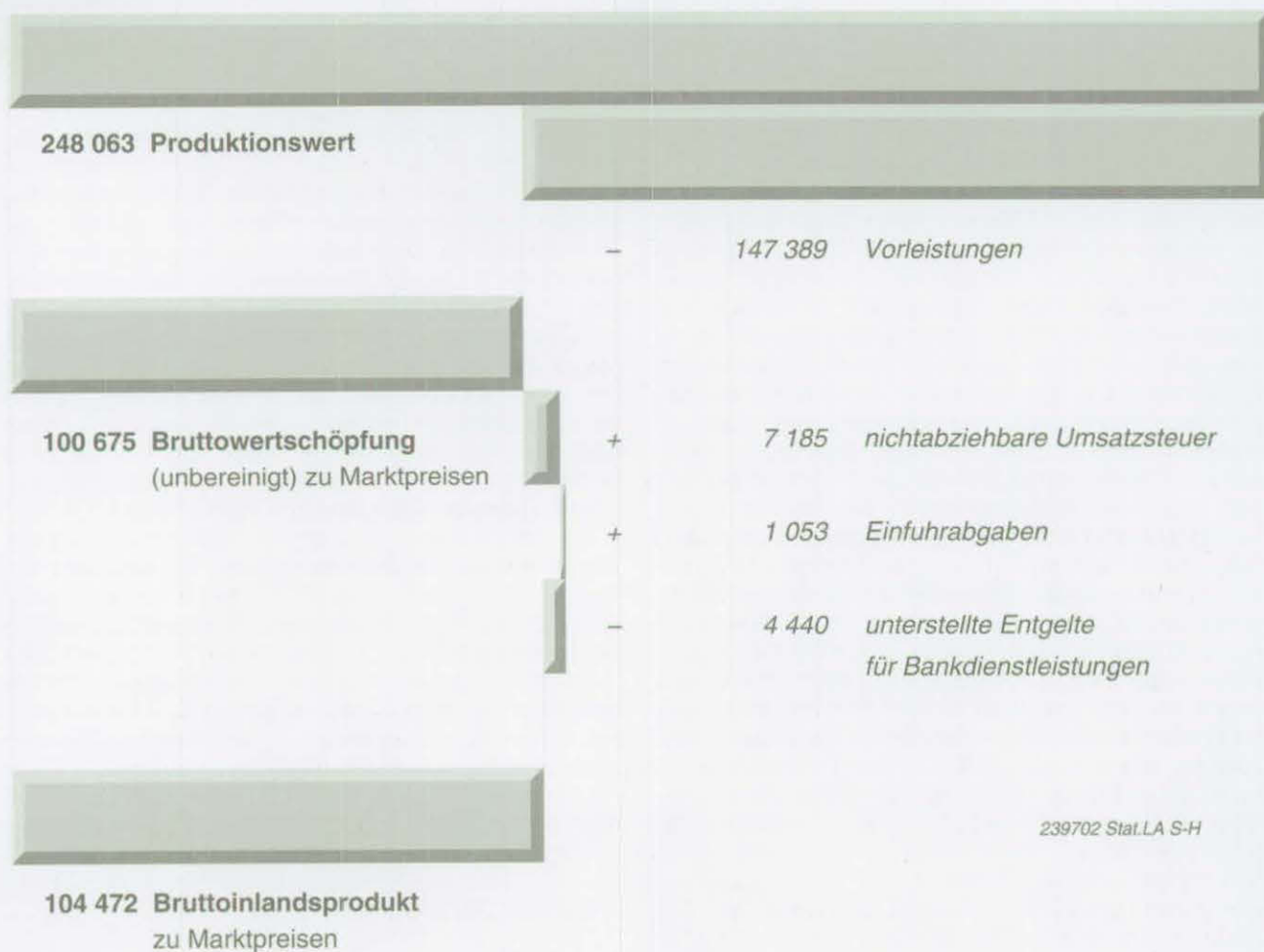
Zur Messung des Bruttosozialprodukts sind also Einkommensdaten erforderlich. Sie liegen nicht so rechtzeitig vor wie Daten zur Produktion von Gütern und Diensten. Die jüngsten Zahlen zum Bruttosozialprodukt beziehen sich daher auf 1994. Weil am Bruttosozialprodukt auch Nichterwerbstätige teilhaben, also etwa wertpapierbesitzende Rentner, stellt der Pro-Kopf-Divisor für den Regionalvergleich üblicherweise auf die Bevölkerung ab. Das Bruttosozialprodukt je Einwohner lag in Schleswig-Holstein mit 43 520 DM nur wenig unter dem Wert für Westdeutschland (44 900 DM) und deutlich über dem für Deutschland insgesamt (40 690 DM).

Zurück zum Bruttoinlandsprodukt: Es ist natürlich von hohem Interesse, wie sich die Wirtschaftsleistung Schleswig-Holsteins auf seine Regionen und nach Wirtschaftszweigen verteilt. Das Bruttoinlandsprodukt wird allerdings unterhalb der Landesebene nicht berechnet, weil dafür einige Daten fehlen. Mit der Bruttowertschöpfung steht aber ein ebenso guter Indikator bereit, der alle zwei Jahre für alle vier kreisfreien Städte und alle elf Kreise des Landes gerechnet wird. Den definitorischen Zusammenhang schildert die Grafik auf der Folgeseite.

Die zu Marktpreisen gemessene größte Bruttowertschöpfung aller Kreise und kreisfreien Städte hatte 1994 die Landeshauptstadt Kiel mit etwas über 13 Mrd. DM oder 13,3 % der Landessumme. Es folgten Pinneberg mit 10,2 %, Segeberg mit 9,3 % und Lübeck mit 9,2 % Anteil am Land. Der Kreis mit der kleinsten Wertschöpfung war mit 2,8 % Anteil am Landesergebnis der Kreis Plön.

Die Wirtschaftsbereiche haben in den Kreisen ein recht unterschiedliches Gewicht. Der Dienstleistungs-

Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt in Schleswig-Holstein 1994
 – in Millionen DM –



239702 Stat.LA S-H

bereich – also Handel, Verkehr, Post, Banken, Versicherungen, Wohnungsvermietung, unternehmerische, staatliche und häusliche Dienste – ist im Land insgesamt bereits seit 1970 der Wertschöpfung nach bedeutender als sein Komplement, der produzierende Bereich. 1994 entfielen in Schleswig-Holstein 68 % aller Bruttowertschöpfung auf Dienstleistungen. Die im Kreisvergleich höchsten Anteile des Dienstleistungsbereichs hatten mit je 78 % Kiel und Nordfriesland. Auch 1994 blieb Dithmarschen, der Kreis mit dem seit Jahren niedrigsten Dienstleistungsanteil, als einziger unter der 50%-Marke, dies allerdings ist auf die in Dithmarschen ansässige Mineralölverarbeitung zurückzuführen, deren Produktion in hohem Maße verbrauchsteuerbelastet ist und so zu einer Aufblähung der Wertschöpfung zu Marktpreisen führt.

Die Kreisergebnisse werden zwar in wirtschaftlich tiefer Gliederung berechnet, aber wegen der für solch kleine Räume sehr großen Datenunsicherheit nur nach fünf Bereichen veröffentlicht. Will man also die

Dienstleistungen in ihrer Regionalverteilung weiter untersuchen, bleiben nur Handel und Verkehr, die übrigen unternehmerischen Dienstleistungen und die Dienstleistungen des Staates und der Non-Profit-Organisationen wie z. B. Kirchen, Gewerkschaften oder Parteien.

Handel und Verkehr als zusammengefaßte Position hatten 1994 17 % Anteil an der Bruttowertschöpfung aller Bereiche in Schleswig-Holstein. Weil es sich hier um sehr verbrauchernehe Dienstleistungen handelt, hält sich auch die regionale Streuung dieses Anteils im Rahmen. Sie reicht von 15 % Bereichsanteil in den Kreisen Dithmarschen, Rendsburg-Eckernförde und Steinburg bis zu 21 % in Lübeck.

Die Dienstleistungsunternehmen hatten 1994 in Nordfriesland und Plön mit 39 % der Bruttowertschöpfung das höchste und in Dithmarschen mit 21 % sowie Neumünster und Flensburg mit je 27 % das geringste Gewicht.

Die staatlichen Dienste und die Dienste der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sowie die häuslichen Dienste wie z. B. Kinderbetreuung und Putzhilfen erbrachten 1994 17 % der Bruttowertschöpfung in Schleswig-Holstein. Mit je 28 % Bereichsanteil ragen hier der stark von der Bundeswehr und den in Schleswig ansässigen Gerichten und Verwaltungen geprägte Kreis Schleswig-Flensburg und die Universitäts- und Landeshauptstadt Kiel heraus.

Zum produzierenden Bereich, dem Gegenstück zum Dienstleistungsbereich, gehören die beiden Teilkomponenten Land- und Forstwirtschaft sowie Produzierendes Gewerbe. Das Produzierende Gewerbe ist die Zusammenfassung von Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendem Gewerbe und Baugewerbe. Der produzierende Bereich ist, wie bereits gesagt, der Bruttowertschöpfung nach von geringerem Gewicht als der Dienstleistungsbereich. Daß sein Anteil schon seit längerem schrumpft, gilt auch für beide Teilkomponenten, also für Land- und Forstwirtschaft wie für das Produzierende Gewerbe.

Das Produzierende Gewerbe ist derjenige Wirtschaftsbereich, der unter konjunkturellen wie auch regionalpolitischen Gesichtspunkten stets besonders interessiert. Hierzu zählen auch die meisten Großunternehmen. Von manchen von ihnen hängt das Wohl und Wehe kleinerer Regionen ab. Im Produzierenden Gewerbe gibt es auch 1994 zwischen den Kreisen große Unterschiede in der Veränderung der Bruttowertschöpfung. Ihnen liegen häufig besondere Ent-

wicklungen bei einzelnen Unternehmen zugrunde. Nimmt man die durchschnittliche jährliche Veränderung zwischen 1980 und 1994, dann liegen die Ergebnisse in den Kreisen recht nahe am Landesmittel von 3,7 %. Den höchsten jahresdurchschnittlichen Zuwachs der Wertschöpfung im Produzierenden Gewerbe hatte der Kreis Segeberg mit 6,4 %. In Lübeck war mit 1,5 % der niedrigste Zuwachs zu verzeichnen.

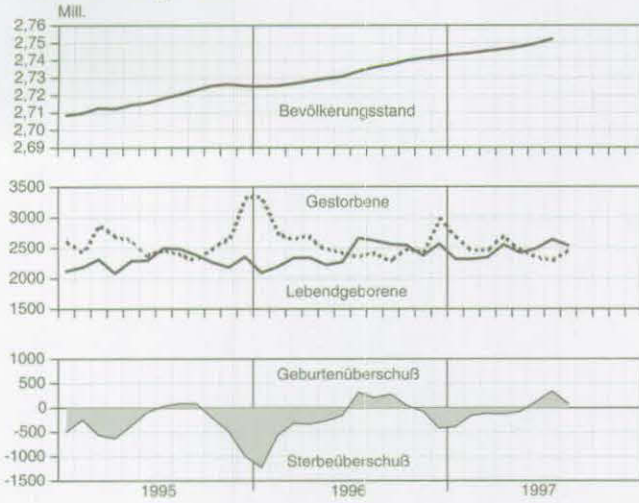
Sieht man von der Besonderheit Dithmarschens bei der dort sehr bedeutenden Mineralölverarbeitung ab, dann sind 1994 Stormarn (37 %), Segeberg und Pinneberg (je 36 %) die Kreise mit dem höchsten Anteil des Produzierenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung. In anderer Prozentproportion ausgedrückt: Diese drei an Hamburg grenzenden Kreise vereinigen mehr als ein Drittel des Produzierenden Gewerbes Schleswig-Holsteins. In Nordfriesland dagegen kam das Produzierende Gewerbe 1994 nur auf 16 % Bereichsanteil. Davon entfielen auf das Verarbeitende Gewerbe, den bedeutendsten Teil des Produzierenden Gewerbes, nur sieben Prozentpunkte, dreizehn Prozentpunkte weniger als im Landesmittel.

Die Land- und Forstwirtschaft hatte naturgemäß in den Kreisen ein sehr unterschiedliches Gewicht. Unter dem Landesmittel von 2,2 % der Bruttowertschöpfung aller Bereiche lagen außer den kreisfreien Städten auch zwei Nachbarkreise von Hamburg, nämlich Stormarn und Segeberg. Das höchste Gewicht hatte die Land- und Forstwirtschaft in Schleswig-Flensburg mit 6,1 % und in Nordfriesland mit 5,2 %.

Bernd Struck

109701 StatLA S-H

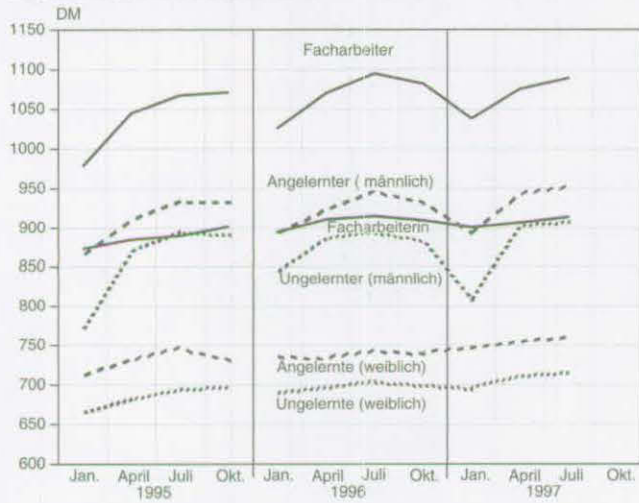
Bevölkerungsstand



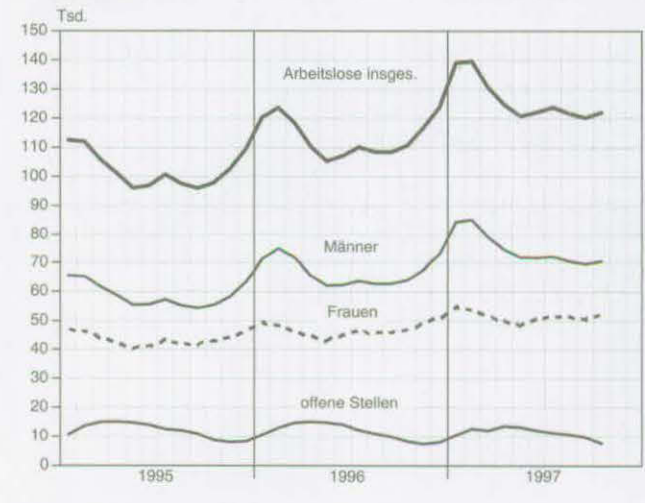
Bevölkerungsveränderung



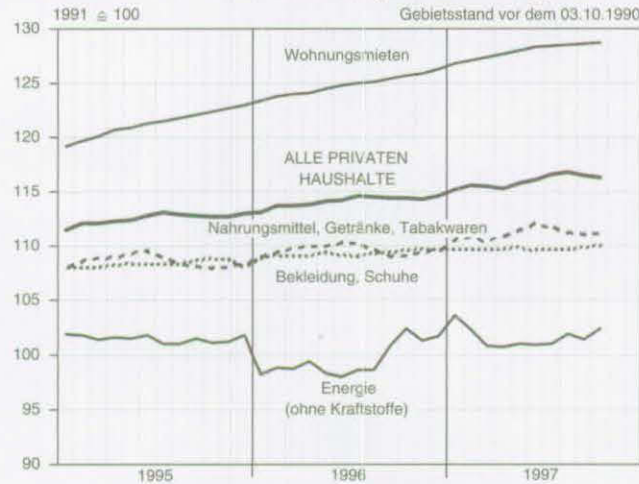
Bruttowochenverdienste¹



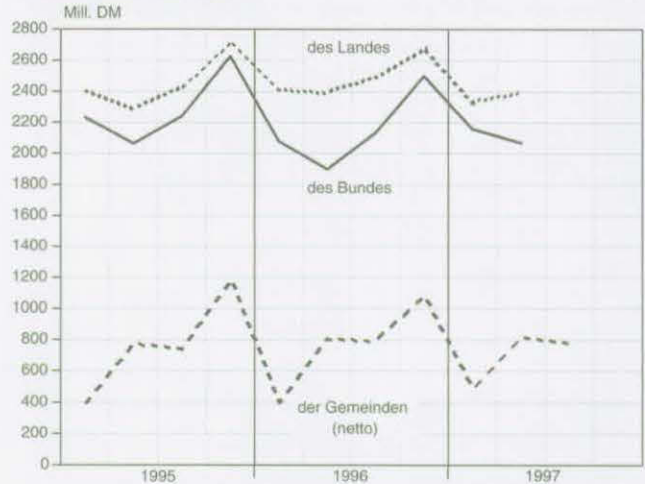
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



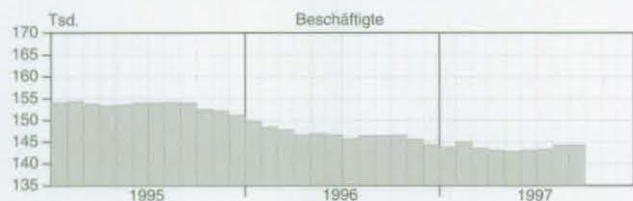
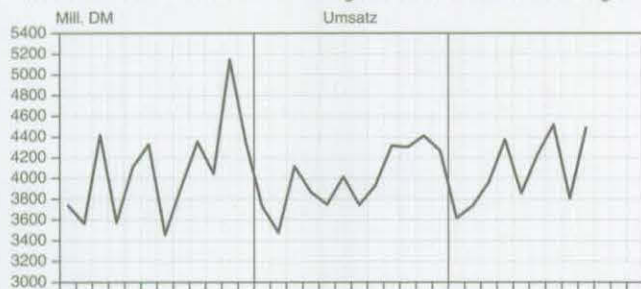
Steuereinnahmen



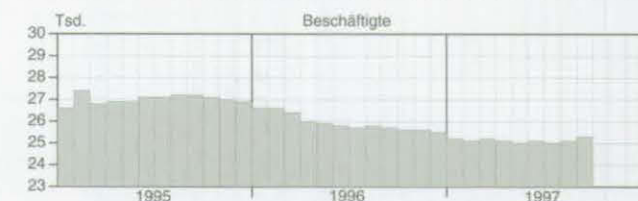
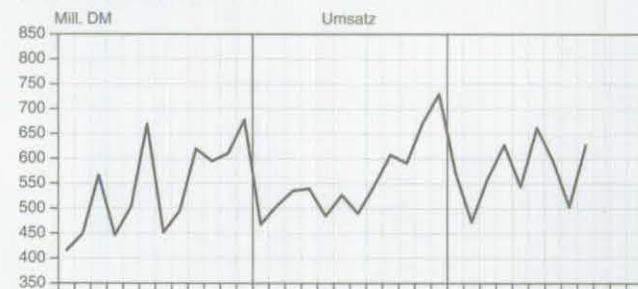
¹ ab Januar 1996 neuer Berichtskreis und Umstellung auf WZ 93

Verarbeitendes Gewerbe

Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



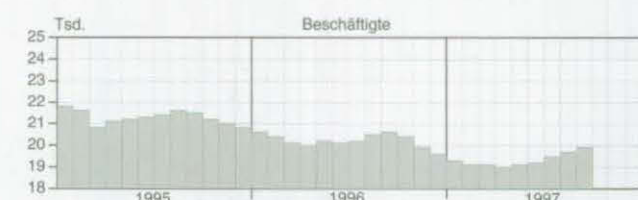
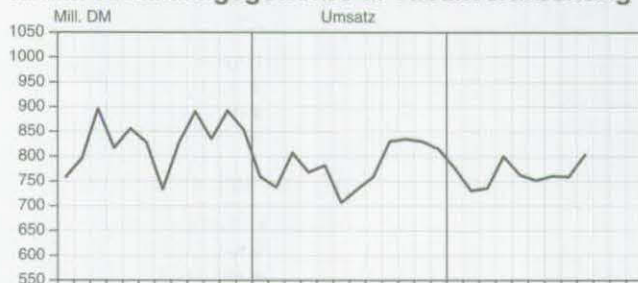
darunter Maschinenbau



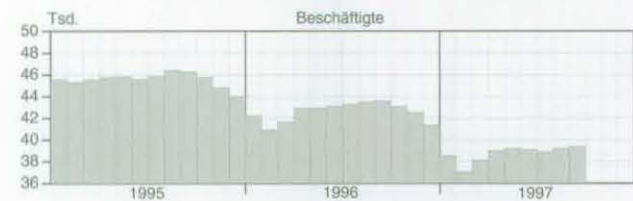
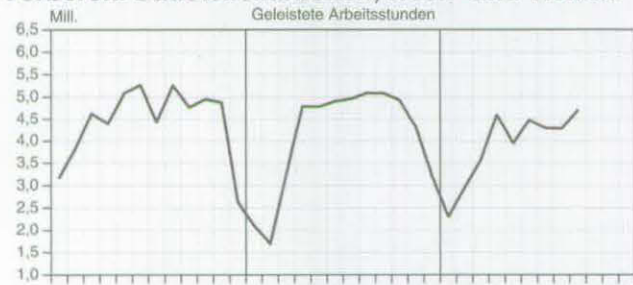
darunter Schiffbau



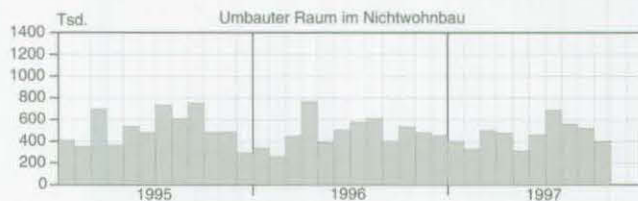
darunter Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung

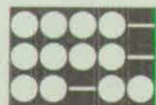


Vorbereit. Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau



Baugenehmigungen





<i>Daten zur Konjunktur</i>	<i>2</i>
<i>Jahreszahlen.....</i>	<i>4</i>
<i>Zahlenspiegel.....</i>	<i>6</i>
<i>Kreiszahlen</i>	<i>11</i>
<i>Erweiterte Kreiszahlen</i>	<i>12</i>
<i>Zahlen für Bundesländer.....</i>	<i>16</i>

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Daten zur Konjunktur
Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Energiewirtschaft		Oktober 1997		Januar bis Oktober 1997	
Stromerzeugung (brutto)	Gwh	2 276	+ 16,2	2 598	+ 11,1
Verarbeitendes Gewerbe¹					
Beschäftigte	1 000	145	- 1,2	144	- 2,4
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	13	- 0,8	12	- 4,0
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	725	+ 0,2	727	- 1,4
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 318	+ 1,5	4 058	+ 5,3
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 122	- 0,6	2 869	- 0,2
Auslandsumsatz	Mill. DM	1 196	+ 7,6	1 189	+ 21,4
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige					
aus dem Inland			+ 17,5		+ 1,8
aus dem Ausland			+ 25,0		- 4,7
			+ 5,2		+ 14,6
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau²					
Beschäftigte	1 000	41	- 4,9	40	- 6,0
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	5	- 3,0	4	- 0,2
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	168	- 5,1	154	- 3,2
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	666	- 0,5	521	+ 2,0
Auftragseingang ³	Mill. DM	294	+ 5,6	302	- 0,3
Baugenehmigungen⁴					
Wohnbau	Wohnungen	1 731	+ 18,1	1 635	+ 9,2
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	396	- 25,1	462	- 4,0
Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)					
Umsatz	Meßziffer 1995 = 100	104,7	+ 1,0	100,3	+ 0,1
Gastgewerbe					
Umsatz	Meßziffer 1995 = 100	91,9	- 4,2	98,0	- 3,6
Fremdenverkehr⁵					
Ankünfte	1 000	378	+ 7,8	368	+ 2,7
Übernachtungen	1 000	1 736	- 1,3	1 947	- 3,4
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose	Anzahl	122 108	+ 10,3	126 595	+ 12,7
Offene Stellen	Anzahl	7 627	- 7,4	11 519	- 6,3
Kurzarbeiter	Anzahl	3 383	+ 15,7	6 759	+ 11,3
Insolvenzen					
Anzahl		80	- 8,0	80	- 0,6

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II/1/E III 1

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtete Zahl

**Daten zur Konjunktur
Land und Bund im Vergleich**

		Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %												
		Januar bis Dez. 1996	Nov. 1996	Dez. 1996	Jan. 1997	Febr. 1997	März 1997	April 1997	Mai 1997	Juni 1997	Juli 1997	August 1997	Sept. 1997	Okt. 1997
Verarbeitendes Gewerbe¹														
Beschäftigte	Land	- 4,3	- 4,3	- 4,5	- 3,7	- 3,2	- 2,7	- 2,5	- 2,8	- 2,4	- 2,0	- 1,7	- 1,9	- 1,2
	Bund	- 3,7	- 4,2	- 4,0	- 4,1	- 4,0	- 4,0	- 3,7	- 3,7	- 3,3	- 3,1	- 2,8	p-	2,6
Geleistete Arbeiterstunden	Land	- 6,1	- 8,1	- 3,3	- 2,8	- 5,5	- 8,0	+ 0,2	- 9,0	- 2,7	- 2,9	- 6,9	- 1,9	- 0,8
	Bund	- 5,8	- 7,0	- 5,4	- 6,3	- 7,5	- 8,9	+ 1,9	- 10,1	+ 2,1	+ 0,4	- 6,8	p-	0,2
Lohn- und Gehaltssumme	Land	- 0,7	- 2,3	- 4,0	- 3,4	- 2,1	- 0,9	- 3,4	- 1,7	- 2,4	- 0,3	- 0,9	+ 1,3	+ 0,2
	Bund	- 0,7	- 4,0	- 2,3	- 3,2	- 2,7	- 2,0	- 1,4	- 2,4	- 0,6	- 1,7	- 2,7	p-	1,8
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	- 3,8	- 15,3	- 2,9	+ 0,8	+ 6,4	- 2,5	+ 13,1	+ 2,9	+ 5,2	+ 20,4	- 1,6	+ 7,6	+ 1,5
	Bund	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,5	+ 1,2	- 1,5	+ 9,9	- 1,3	+ 12,1	+ 8,7	+ 3,4	p+	7,6
Inlandsumsatz	Land	- 4,0	- 16,8	- 6,6	- 4,0	+ 1,1	- 8,5	- 5,7	- 1,5	+ 1,7	+ 6,5	- 4,3	+ 2,4	- 0,6
	Bund	- 1,8	- 2,3	- 1,2	- 1,5	- 1,7	- 4,4	+ 7,2	- 4,2	+ 8,1	+ 5,5	- 0,7	p+	3,9
Auslandsumsatz	Land	- 3,3	- 11,8	+ 7,2	+ 16,0	+ 21,0	+ 17,0	+ 34,6	+ 16,2	+ 14,6	+ 63,9	+ 6,2	+ 22,0	+ 7,6
	Bund	+ 5,0	+ 7,5	+ 5,0	+ 8,7	+ 7,4	+ 5,0	+ 16,1	+ 5,2	+ 20,7	+ 15,9	r+	13,2	p+
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	- 6,1	- 7,0	+ 2,0	- 10,9	+ 11,1	- 2,8	- 8,4	+ 5,5	- 11,8	+ 1,1	+ 9,1	+ 13,5	+ 17,5
	Bund	- 0,2	+ 0,9	- 1,2	+ 2,8	+ 2,3	- 2,2	+ 12,9	+ 0,0	+ 12,7	+ 7,0	+ 5,5	+ 13,4	...
aus dem Inland	Land	- 8,9	- 9,0	- 4,2	- 17,0	- 5,9	- 6,5	- 12,7	- 4,2	- 26,9	- 5,2	+ 4,2	+ 12,6	+ 25,0
	Bund	- 3,3	- 3,8	- 3,9	- 2,8	- 0,9	- 5,5	+ 7,6	- 2,7	+ 5,3	+ 3,3	- 0,6	+ 5,1	...
aus dem Ausland	Land	- 0,2	- 3,3	+ 14,3	+ 2,1	+ 40,5	+ 4,1	- 0,5	+ 26,4	+ 23,8	+ 13,6	r+	19,7	+ 15,1
	Bund	+ 4,9	+ 8,8	+ 3,0	+ 12,1	+ 7,2	+ 2,9	+ 21,2	+ 4,2	+ 24,8	+ 13,1	+ 15,5	+ 26,4	...
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	+ 3,4	+ 5,0	- 1,4	+ 0,8	- 12,1
	Bund	- 4,3	- 1,1	- 2,3	+ 4,1
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau²														
Beschäftigte	Land	- 6,1	- 5,0	- 6,0	- 8,8	- 9,5	r-	4,4	r-	5,0	r-	4,5	r-	5,6
	Bund	- 7,1	- 7,2	- 7,9	- 10,6	- 9,1	- 10,4	- 10,3	- 10,6	- 10,0	- 10,3	- 10,2	r-	5,5
Geleistete Arbeitsstunden	Land	- 10,9	- 15,1	+ 17,1	+ 9,2	+ 74,4	r+	15,3	r+	1,6	r-	12,9	r-	4,7
	Bund	- 9,9	- 13,2	+ 3,2	- 18,2	+ 20,0	- 5,9	- 1,8	- 19,4	- 3,4	- 8,5	- 15,4
Lohn- und Gehaltssumme	Land	- 7,3	- 15,2	+ 9,3	- 4,9	+ 12,0	r+	17,1	r-	6,7	r-	6,9	r-	3,6
	Bund	- 6,8	- 14,0	- 0,5	- 11,1	- 2,5	- 2,1	- 8,2	- 11,8	- 8,3	- 9,9	- 11,9
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	- 9,4	+ 1,2	+ 9,1	- 2,8	+ 31,6	r+	31,1	r+	20,1	r-	6,9	r-	5,1
	Bund	- 4,9	- 2,6	- 1,4	- 5,2	+ 15,1	+ 5,3	+ 4,0	- 9,4	- 2,3	- 7,1	- 10,2
Auftragseingang ³	Land	- 12,7	- 35,8	+ 26,8	- 11,8	+ 29,3	- 18,3	+ 3,3	+ 29,9	- 18,6	- 3,3	- 14,8	+ 20,9	+ 5,6
	Bund	- 7,9	- 15,4	- 3,3	- 16,1	- 0,3	- 8,1	+ 3,5	- 5,7	- 1,7	- 8,0	- 11,3
Baugenehmigungen⁴														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	- 10,7	- 29,7	- 21,5	- 13,1	+ 18,6	- 3,7	+ 40,7	- 4,5	- 10,4	+ 19,2	- 1,9	+ 35,9	+ 18,1
	Bund	p-	14,6	- 18,1	- 25,4	- 14,2	- 13,2	- 17,0	- 7,0	+ 4,4	- 12,8	- 6,8
Nichtwohnbau (umbauter Raum)	Land	- 7,0	- 1,0	+ 53,9	+ 18,1	+ 26,3	+ 11,5	- 37,9	- 21,2	- 9,0	+ 19,7	- 8,9	+ 29,6	- 25,1
	Bund	p-	2,8	+ 2,3	- 1,4	+ 5,6	+ 12,0	- 3,2	- 9,1	- 2,1	- 1,5	- 9,5
Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)														
Umsatz	Land	r+	1,9	r+	0,5	- 1,1	r+	2,3	r-	1,8	- 2,2	+ 2,6	r-	2,2
	Bund	r+	1,4	r+	0,6	r-	0,9	r+	2,9	r+	2,8	r-	3,0	r+
Gastgewerbe														
Umsatz	Land	- 2,6	- 1,7	- 3,3	- 5,4	- 1,4	+ 3,9	- 10,4	- 3,0	r-	7,9	- 5,2	r+	0,6
	Bund	- 2,1	r-	2,3	r-	2,7	r-	1,8	r-	3,8	r-	2,5	r-	4,0
Fremdenverkehr⁵														
Ankünfte	Land	- 0,9	+ 2,5	- 4,5	+ 1,6	+ 0,9	+ 10,9	- 6,9	p+	6,6	p-	5,5	p+	1,9
	Bund	...	+ 5,0	- 0,9	+ 3,1	- 1,2	- 1,2	+ 4,1	+ 3,3	+ 3,3	p+	3,5	p+	3,5
Übernachtungen	Land	- 1,8	- 2,7	- 7,9	- 10,5	- 14,5	+ 11,6	- 15,6	p-	2,7	p-	10,0	p-	6,6
	Bund	...	- 0,8	- 5,6	- 7,6	- 11,1	- 5,0	- 9,6	- 5,0	- 4,9	- 7,2	p-	0,4	
Arbeitsmarkt														
Arbeitslose	Land	+ 10,7	+ 13,9	+ 13,1	+ 15,5	+ 12,9	+ 10,3	+ 12,8	+ 14,7	+ 14,0	+ 12,4	+ 12,3	+ 10,9	+ 10,3
	Bund	+ 9,0	+ 11,4	+ 10,6	+ 12,6	+ 10,0	+ 9,0	+ 9,5	+ 10,3	+ 9,7	+ 8,1	+ 7,7	+ 6,7	+ 5,5
Offene Stellen	Land	- 3,5	- 6,4	- 3,6	- 0,7	- 2,6	- 4,6	- 9,6	- 10,5	- 13,9	- 7,2	- 2,5	- 0,8	- 7,4
	Bund	+ 1,5	+ 2,0	+ 5,1	+ 0,3	+ 4,6	+ 3,7	+ 1,2	+ 2,8	+ 0,9	+ 1,4	+ 7,3	+ 6,2	+ 6,3
Kurzarbeiter	Land	+ 90,1	- 3,1	- 9,1	+ 17,3	- 8,9	- 20,1	+ 6,4	+ 62,3	+ 69,6	+ 39,1	+ 28,2	+ 10,6	+ 15,7
	Bund	+ 81,1	+ 13,4	- 5,2	- 5,6	- 12,3	- 26,5	- 39,4	- 42,0	- 44,0	- 48,9	- 46,6	- 49,7	- 53,8
Insolvenzen														
Anzahl	Land	+ 9,8	- 46,5	+ 27,9	+ 14,8	+ 10,4	+ 11,6	- 24,2	- 7,1	+ 27,4	- 6,9	+ 16,9	- 28,2	- 8,0
	Bund	+ 9,3	+ 1,0	+ 5,8	+ 5,9	+ 7,2	- 0,1	- 0,3	+ 6,2	+ 26,2	- 1,8	+ 9,6	+ 2,1	...

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1. Ab Januar 1995 neuer Berichtskreis mit vergleichbaren Veränderungsdaten zu 1994 (d. h. in 1995 ohne die neu hinzugekommenen Bereiche)

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse; zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 - E III 1

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtigte Zahl

Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

Jahreszahlen
Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß (+) der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
1992	2 662	7,1	10,8	11,4	- 2	33	1 247	59	360	262	568
1993	2 687	6,9	10,7	11,6	- 3	18	1 246	52	362	266	566
1994	2 701	6,8	10,2	11,4	- 3	17	1 245	53	363	262	567
1995	2 717	6,5	10,1	11,5	- 4	21	1 248	47	352	323	525
1996	2 732	6,5	10,5	11,4	- 3	19	1 250	43	340	340	527

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen									Bruttoinlandsprodukt ²				
	Schülerinnen/Schüler im September in					von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1991		
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mittleren Abschluß	Fachhoch- schulreife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund ³ = 100
	1 000													
1992	135	11	48	61	8	10	36	31	24	96 874	+ 6,4	92 936	+ 2,1	92
1993	138	11	49	61	10	10	36	32	23	100 160	+ 3,4	93 066	+ 0,1	93
1994	144	12	49	61	11	10	36	30	24	104 472	+ 4,3	95 034	+ 2,1	92
1995	150	11	50	62	12	10	36	31	23	108 827	+ 4,2	96 993	+ 2,1	93
1996	155	12	52	62	13	10	36	31	23	110 695	+ 1,7	97 945	+ 1,0	92

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 03.12.				Schlachtungen ⁵		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁵	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zuckerrüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ⁴									
	1 000										
1992	1 435	440	1 397	3 129	548	1 853	2 297	5 116	2 093	154	768
1993	1 424 ^a	431 ^a	1 378 ^a	3 129 ^a	431	1 904	2 312	5 306	1 892	184	779
1994	1 396	426	1 309	2 731	351	1 709	2 311	5 393	1 928	146	699
1995	1 398 ^a	421 ^a	1 269 ^a		318	1 464	2 408	5 688	2 151	154	715
1996	p 1 396	p 422	p 1 292	2 687	378	1 309	2 404	p 5 702	2 251	193	717

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁷										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		geleistete Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter		Bruttosumme		insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		Strom ⁸
	1 000		Mill.	Mill. DM		Mill. DM		1 000 t SKE ⁹			Beschäftigte am 30.06. in 1 000	
1992	180	119	192	5 309	4 247	49 228	10 430	183	1 251	596	409	44
1993	171	111	176	5 072	4 327	47 315	9 911	189	1 293	620	407	45
1994	163	104	168	4 953	4 370	48 688	11 253	184	1 234	672	414	47
								1 000 t	Mill. kwh			
1995	153	97	157	4 856	4 321	r 48 979	r 12 777	162	887	5 174	3 374	r 46
1996	147	92	148	4 767	4 342	47 670	12 359	174	908	5 110	3 909	43

¹ Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen

² ab 1993 vorläufiges Ergebnis

³ Gebietsstand vor dem 03.10.1990

⁴ ohne Ammen- und Mutterkühe

⁵ ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

⁶ gewerbliche und Hausschlachtungen, in- und ausländischer Herkunft

⁷ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; bis 1994 nach alter Wirtschaftszweigsystematik (SYPRO), ab 1995 nach neuer Wirtschaftszweigklassifikation (WZ'93)

⁸ ohne Eigenenerzeugung

⁹ 1 Tonne SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

^a repräsentative Viehzählung

Jahr	Wohnungswesen			Ausfuhr				Fremdenverkehr ²			
	zum Bau genehmigte Wohnungen ¹	fertiggestellte Wohnungen ¹		insgesamt	in EU-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt	Bestand an Wohnungen					insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslands-gästen
	1 000			Mill. DM				1 000			
1992	15	12	1 171	13 156	6 175	1 751	11 070	4 129	492	22 116	981
1993	19	14	1 186	11 613	5 363	1 688	9 903	3 956	343	21 989	735
1994	23	19	1 206	12 918	5 712	1 898	11 258	3 907	314	21 542	690
1995	20	r 22	1 230	p 13 629	p 7 010	p 821	p 11 912	3 996	300	21 988	665
1996	18	18	...	p 14 193	p 7 619	p 885	p 12 374	3 959	309	21 597	654

Jahr	Kfz-Bestand ³ am 01.07.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spareinlagen ⁵ am 31.12.	Sozialhilfe ⁶			Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Kraftfahrzeuge	Pkw ⁴	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt		
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
1 000							Mill. DM					
1992	1 528	58	1 307	64	16 429	319	21 310	20 156	1 631,9	677,1	131,4	109,5
1993	1 571	64	1 341	66	15 528	296	20 325	22 009	2 031,6	746,0	143,6	118,7
1994	1 608	71	1 368	69	15 463	282	20 182	24 350	2 137,0	780,6	94,1	122,4
1995	1 644	78	1 393	72	r 15 592	r 268	r 20 652	26 765	2 137,0	780,6	94,1	122,4
1996	1 677	85	1 416	75	14 307	260	18 809	29 689	2 238,1	873,5	112,3	121,9

Jahr	Steuern									Schulden				
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung				Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	des Landes		der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁸	
	des Bundes	des Landes ⁷	der Gemeinden	insgesamt		Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer	insgesamt			Kreditmarktmittel	insgesamt	Kreditmarktmittel	
					Mill. DM									
1992	7 919	8 351	3 012	4 937	10 061	7 059	1 637	117	1 235	22 081	4 226	3 331		
1993	8 331	9 696	3 158	5 506	10 645	7 333	1 676	44	1 182	23 873	4 529	3 577		
1994	8 880	9 704	3 156	6 092	10 826	7 510	1 447	39	1 179	24 766	4 681	3 716		
1995	9 163	9 844	3 102	6 098	10 739	8 007	1 119	41	1 178	26 367	4 918	3 859		
1996	8 609	9 980	3 093	5 950	10 133	7 821	805	169	1 265	27 640	5 127	4 026		

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet ⁹					Löhne und Gehälter ¹¹						
	Erzeugerpreise ¹⁰		für Wohngebäude 1991 = 100	Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1991 = 100		Industriearbeiter ¹²		Angestellte in Industrie ¹² und Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe			Öffentlicher Dienst	
	gewerblicher Produkte 1991 = 100	landwirtschaftlicher Produkte 1985 = 100		insgesamt	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Männer	Frauen	Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt		Beamte A 9 (Inspektor)
			DM					DM				
	DM											
1992	101,4	91,9	105,7	104,0	103,3	899	640	4 808	3 330	5 453	4 284	3 200
1993	101,4	84,7	110,5	107,7	105,4	930	665	5 071	3 533	5 724	4 411	3 294
1994	102,0	86,5	112,8	110,6	107,1	978	695	5 233	3 677	5 911	4 498	3 359
1995	103,7	87,1	115,4	112,5	108,6	1 000	722	5 405	3 856	6 115	4 639	3 464
1996	103,1	...	115,3	114,1	109,6	1 022 ^a	734 ^a	5 419 ^a	3 870 ^a	6 254 ^a	4 769	3 594

¹ Errichtung neuer Gebäude
² nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen
³ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr; ab 1994 nur ohne Post und Bundeswehr
⁴ einschließlich Kombinationskraftwagen
⁵ ohne Postspareinlagen
⁶ Die Angaben ab 1994 sind nicht direkt mit den Vorjahren vergleichbar, weil seit 01.11.1993 die Angaben für Asylbewerber gesondert ausgewiesen werden.
⁷ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen
⁸ einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände
⁹ Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.
¹⁰ ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer
¹¹ Durchschnitt aus den 4 Berichtsquartalen
¹² einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk
¹³ Endgehalt, die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind inklusive Kindergeld, ohne Stellenzulage
^a Mit der Zuordnung der Betriebsbetriebe zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), ist kein Vergleich mit den Ergebnissen zurückliegender Berichtsjahre möglich (vgl. Seite 10, Zahlenspiegel)

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1995	1996	1996			1997			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	p 2 717	...	p 2 736	p 2 737	p 2 740	p 2 752
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen	Anzahl	p 1 473	...	p 2 578	p 1 849	p 1 334	p 1 944
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 6,5	...	p 11,1	p 8,2	p 5,7	p 8,3
* Lebendgeborene	Anzahl	p 2 286	...	p 2 620	p 2 562	p 2 545	p 2 637
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 10,1	...	p 11,3	p 11,4	p 10,9	p 11,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	p 2 607	...	p 2 413	p 2 291	p 2 495	p 2 307
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 11,5	...	p 10,4	p 10,2	p 10,7	p 9,9
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	p 11	...	p 8	p 14	p 14	p 11
	je 1 000 Lebendgeborene	p 4,8	...	p 3,1	p 5,5	p 5,5	p 4,2
* Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	p- 321	...	p+ 207	p+ 271	p+ 50	p+ 330
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p- 1,4	...	p+ 0,9	p+ 1,2	p+ 0,2	p+ 1,4
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	9 567	6 921	8 123	7 066	8 154	8 230	7 542
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	3 890	1 677	2 113	1 764	1 844	1 875	1 728
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	7 823	5 306	5 919	5 642	5 942	6 023	5 618
* darunter in das Ausland	Anzahl	1 236	1 110	1 205	1 078	1 265	1 355	1 143
* Wanderungsgewinn (+) und -verlust (-)	Anzahl	+ 1 744	+ 1 615	+ 2 204	+ 1 424	+ 2 212	+ 2 207	+ 1 924
* Innerhalb des Landes Umgezogene ¹	Anzahl	11 102	10 945	11 438	10 652	11 492	12 294	11 404
* Wanderungsfälle	Anzahl	28 491	23 172	25 480	23 360	25 588	26 547	24 564
Arbeitslage										
* Arbeitslose (Monatsende)	1 000	102	113	109	108	111	124	122	120	122
* darunter Männer	1 000	59	66	63	63	64	72	70	70	70
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	3,1	5,8	3,0	2,8	2,9	4,3	3,9	3,1	3,4
* darunter Männer	1 000	2,5	5,0	2,6	2,2	2,3	3,2	2,9	2,2	2,3
* Offene Stellen (Monatsende)	1 000	12,0	11,5	10,9	9,9	8,2	11,2	10,6	9,8	7,6
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 398 ^a	1 397 ^a
darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	421 ^a	422 ^a
Schweine	1 000	1 269 ^a	1 293 ^a	1 289	.	.	.	1 320	.	.
darunter Zuchtsauen	1 000	118 ^a	119 ^a	118	.	.	.	120	.	.
darunter trächtig	1 000	83 ^a	83 ^a	81	.	.	.	84	.	.
Schlachtungen										
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	26	31	32	39	45	35	35	42	49
Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Schweine	1 000 St.	121	109	108	102	115	104	104	110	118
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	1	0	1	1	0	0	1	1
Schlachtmenge² aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	19,5	19,8	20,2	21,8	24,4	20,3	20,2	22,8	25,9
* darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	8,1	9,6	10,2	12,2	13,5	10,5	10,4	12,5	14,7
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	1,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	11,0	9,9	9,6	9,2	10,5	9,4	9,4	10,0	10,8
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	311	307	314	314	307	305	300	302	302
Kälber	kg	130	136	132	140	138	138	134	136	136
Schweine	kg	91	91	90	91	92	90	90	90	92
Geflügel										
Konsumeier ³	1 000	28 793	29 010	26 709	24 589	30 691	29 890	28 212	29 313	26 909
* Geflügelfleisch ⁴	1 000 kg	59	61
Milcherzeugung										
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	96	96	95	95	95	97	95	95	96
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	15,6	15,6	15,4	15,3	15,1	14,8	14,5	14,5	14,5

¹ ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

² einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

³ in Betrieben bzw. in Unternehmen mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen

⁴ aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

^a Dezember

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1995	1996	1996			1997			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe¹										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	153	147	147	r 147	146	143	144	144	145
* darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	97	92	92	r 92	92	89	90	90	90
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	13 118	12 320	12 362	r 12 636	r 12 841	11 390	11 509	12 393	12 740
* Lohnsumme	Mill. DM	404,7	397,2	380,8	r 374,9	r 387,1	383,6	370,5	371,8	380,6
* Gehaltssumme	Mill. DM	360,1	361,8	341,3	r 332,8	r 337,0	353,9	344,7	345,1	344,8
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 082	r 3 926	3 866	r 4 169	r 4 253	r 4 477	3 805	4 485	4 318
Inlandsumsatz	Mill. DM	3 016	r 2 896	2 884	r 3 066	r 3 141	r 3 003	2 761	3 141	3 122
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 066	1 030	982	r 1 102	r 1 112	1 475	1 044	1 344	1 196
Kohleverbrauch	1 000 t	14	15
Gasverbrauch	Mill. kWh	431	426
Stadt- und Kokereigas	Mill. kWh
Erd- und Erdölgas	Mill. kWh
Heizölverbrauch	1 000 t	74	76
leichtes Heizöl	1 000 t	6	7
schweres Heizöl	1 000 t	68	68
Stromverbrauch	Mill. kWh	315	326	335	325	335	338	332	297	342
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	34	35	34	37	35	34	33	45
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 331	2 423	2 056	r 1 343	r 1 959	2 663	2 352	1 852	2 276
* Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	1 030	1 041	982	962	r 1 048	975	1 016	981	1 121
Gaserzeugung (netto)	1 000 m³	2 607
Handwerk (Meßzahlen)³										
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.09.1976 = 100	114,4	...	-	...	-	-	-	...	-
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	241,0	...	-	...	-	-	-	...	-
Baugewerbe⁴										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau⁵										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	45 330	42 566	43 502	43 593	43 046	r 40 660	r 40 992	41 178	40 930
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 595	4 093	5 085	5 077	4 925	r 4 520	r 4 516	4 957	4 776
darunter für										
Wohnungsbauten	1 000	2 247	2 006	2 466	2 533	2 434	r 2 272	r 2 286	2 466	2 354
* gewerbliche und industrielle Bauten ⁶	1 000	1 145	942	1 127	1 075	1 076	r 957	917	1 069	1 022
* Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 159	1 098	1 425	1 397	1 364	r 1 242	r 1 241	1 344	1 337
* Lohnsumme	Mill. DM	146,4	133,5	145,9	139,7	146,5	r 139,5	r 128,4	133,1	135,3
* Gehaltssumme	Mill. DM	33,4	33,3	32,4	30,9	30,9	r 33,0	r 31,9	30,0	33,1
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	597,6	541,5	656,9	667,3	669,6	r 652,2	r 582,3	667,2	666,2
Auftragseingang ⁷	Mill. DM	334,1	291,5	358,6	325,4	278,2	277,9	305,6	393,5	293,7
Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe⁷										
* Beschäftigte ⁸	Anzahl	.	12 296	-	12 568	-	-	-	12 895	-
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	.	1 357	-	4 243	-	-	-	4 385	-
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	.	48,1	-	145,2	-	-	-	145,6	-
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	.	145,0	-	461,5	-	-	-	444,0	-

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1. Ab Januar 1995 neuer Berichtskreis nach neuer Wirtschaftszweigabgrenzung (einschl. Recycling und Verlagsgewerbe); für davorliegende Zeiträume wird eine Rückrechnung nach neuer Abgrenzung vorgenommen, allerdings liegt für die Bereiche Recycling und Verlagsgewerbe keine Daten vor, so daß die Vergleichbarkeit eingeschränkt ist.

² ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme und Wasserversorgung

³ ohne handwerkliche Nebenbetriebe

⁴ ab 1995 in der Abgrenzung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ93)

⁵ auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

⁶ einschließlich Unternehmen der Bahn und Post

⁷ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁸ am Ende des Vierteljahres, bei Jahreszahlen = Durchschnitt der Vierteljahresergebnisse

⁹ Ab 1997 Umstellung auf vierteljährliche Berichterstattung

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel
Schleswig-Holstein

		1995	1996	1996			1997			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
BAUTÄTIGKEIT										
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	683	729	793	787	788	951	778	1 119	965
darunter mit										
1 Wohnung	Anzahl	494	561	601	614	627	760	626	942	787
2 Wohnungen	Anzahl	94	92	108	102	85	118	82	89	96
* Rauminhalt	1 000 m³	730	694	763	658	738	866	779	898	862
* Wohnfläche	1 000 m²	138	132	148	129	136	168	148	178	164
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	112	105	137	111	118	140	106	129	115
* Rauminhalt	1 000 m³	515	479	609	399	529	688	555	517	396
* Nutzfläche	1 000 m²	84	79	103	65	90	111	86	89	71
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 879	1 641	1 854	1 501	1 631	1 926	1 718	1 998	1 893
HANDEL UND GASTGEWERBE										
Ausfuhr										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 166,9 p	1 182,8	1 083,2	1 261,0	1 372,5	1 355,9	1 292,2
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	145,7 p	151,6	132,3	138,9	161,6	99,3	144,2
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	1 021,1 p	1 031,2	950,9	1 122,2	1 210,9	1 256,7	1 147,9
davon										
* Rohstoffe	Mill. DM	25,0 p	24,2	26,3	30,7	25,9	28,9	21,7
* Halbwaren	Mill. DM	64,9 p	66,3	65,2	53,9	93,1	87,1	65,9
* Fertigwaren	Mill. DM	931,3 p	940,7	859,4	1 037,6	1 091,9	1 140,6	1 060,3
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	134,2 p	147,8	143,6	135,8	187,3	187,7	178,5
* Enderzeugnisse	Mill. DM	797,0 p	793,0	715,8	901,7	904,6	952,9	881,8
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EU-Länder	Mill. DM	615,3 p	634,9	596,9	621,7	689,3	667,4	624,9
darunter Niederlande	Mill. DM	97,8 p	92,3	103,0	78,6	104,9	96,5	94,2
Italien	Mill. DM	65,9 p	81,7	67,2	67,5	98,5	86,2	76,2
Frankreich	Mill. DM	91,4 p	80,9	73,6	72,2	93,2	95,5	98,2
Dänemark	Mill. DM	74,6 p	78,3	78,8	65,8	77,6	76,1	79,9
Einzelhandelsumsätze insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)	1995 = 100	100,0	101,9	101,4	96,7	103,7	107,5	99,0	98,6	104,7
Gastgewerbeumsätze	1995 = 100	100,0	97,4	137,3	108,0	95,9	126,4	138,1	106,0	91,9
Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten										
* Ankünfte	1 000	333	330	525	422	351 p	519 p	554 p	433 p	378
darunter von Auslandsgästen	1 000	25	26	35	28	26 p	52 p	36 p	30 p	30
* Übernachtungen	1 000	1 832	1 800	3 545	2 308	1 759 p	3 474 p	3 684 p	2 315 p	1 736
darunter von Auslandsgästen	1 000	55	55	75	57	57 p	98 p	75 p	60 p	64
VERKEHR										
Seeschifffahrt¹										
* Gütereingang	1 000 t	1 905	...	2 149	2 139	2 196	1 970
* Güterversand	1 000 t	1 086	...	1 132	1 258	1 340	985
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	179	151	180	153	182	192	170	157	...
* Güterversand	1 000 t	207	185	184	227	224	175	212	158	...
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²	Anzahl	10 204	10 860	8 879	9 150	10 707	11 571	9 218	9 775	...
darunter Krafträder	Anzahl	576	745	872	502	359	1 123	800	537	...
Personenkraftwagen ³	Anzahl	8 783	9 289	7 227	7 937	9 489	9 516	7 583	8 450	...
Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	593	568	499	524	651	582	562	538	...
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 299	1 192	1 621	1 457	1 290 r	1 473 r	1 643 p	1 246 p	1 178
Getötete Personen	Anzahl	22	22	20	25	24 r	24 r	35 p	22 p	29
Verletzte Personen	Anzahl	1 721	1 567	2 123	1 877	1 678 r	1 968 r	2 148 p	1 614 p	1 576

¹ ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

² mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

³ einschließlich Kombinationskraftwagen

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1995	1996	1996			1997				
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
GELD UND KREDIT											
Insolvenzen											
*	Insolvenzen insgesamt	Anzahl	73	80	71	78	87	95	83	56	80
*	Unternehmen	Anzahl	59	66	61	64	72	78	64	47	60
*	übrige Gemeinschuldner	Anzahl	14	14	10	14	15	17	19	9	20
*	Beantragte Konkurse	Anzahl	73	80	71	78	86	95	83	56	80
*	darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	50	55	51	64	56	61	53	39	54
Kredite und Einlagen¹											
			4-Monats- durchschnitt³								
	Kredite ² an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	124 831	134 465	-	135 134	-	-	-	-	-
	darunter										
	Kredite ² an inländische Nichtbanken	Mill. DM	122 658	131 358	-	132 072	-	-	-	-	-
	kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	14 735	16 099	-	16 409	-	-	-	-	-
	an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	14 439	15 505	-	15 786	-	-	-	-	-
	an öffentliche Haushalte	Mill. DM	296	594	-	623	-	-	-	-	-
	mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 424	7 889	-	7 894	-	-	-	-	-
	an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 534	6 186	-	6 190	-	-	-	-	-
	an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 890	1 702	-	1 704	-	-	-	-	-
	langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	100 500	107 371	-	107 769	-	-	-	-	-
	an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	74 630	80 446	-	80 488	-	-	-	-	-
	an öffentliche Haushalte	Mill. DM	25 869	26 926	-	27 281	-	-	-	-	-
	Einlagen und aufgenommene Kredite ² von Nichtbanken	Mill. DM	81 741	88 381	-	88 061	-	-	-	-	-
	Sichteinlagen und Termingelder										
	von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	55 226	58 899	-	58 720	-	-	-	-	-
	von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	49 262	52 919	-	52 813	-	-	-	-	-
	von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 965	5 980	-	5 907	-	-	-	-	-
	Spareinlagen	Mill. DM	25 376	28 466	-	28 340	-	-	-	-	-
	von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	25 001	28 038	-	27 921	-	-	-	-	-
	von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	376	429	-	419	-	-	-	-	-
STEUERN											
Steueraufkommen nach der Steuerart			Vierteljahres- durchschnitt			3. Vj. 96		3. Vj. 97			
	Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	4 277	4 097	-	4 143	-	-	-	-	-
	Lohnsteuer	Mill. DM	2 002	1 955	-	1 885	-	-	-	1 889	-
	veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	280	201	-	163	-	-	-	75	-
	nicht veranlagte Ertragsteuer	Mill. DM	78	70	-	113	-	-	-	125	-
	Zinsabschlag	Mill. DM	53	52	-	32	-	-	-	30	-
	Körperschaftsteuer	Mill. DM	272	255	-	243	-	-	-	264	-
	Umsatzsteuer	Mill. DM	1 404	1 382	-	1 524	-	-	-	1 413	-
	Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	120	106	-	106	-	-	-	-	-
	Bundessteuern	Mill. DM	253	281	-	228	-	-	-	-	-
	Versicherungsteuer	Mill. DM	46	46	-	28	-	-	-	-	-
	Landessteuern	Mill. DM	295	312	-	304	-	-	-	283	-
	Vermögensteuer	Mill. DM	57	64	-	64	-	-	-	16	-
	Grunderwerbsteuer	Mill. DM	55	58	-	64	-	-	-	100	-
	Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	127	125	-	123	-	-	-	111	-
	Gemeindesteuern	Mill. DM	424	450	-	505	-	-	-	509	-
	Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	-	9	-	-	-	9	-
	Grundsteuer B	Mill. DM	101	107	-	129	-	-	-	134	-
	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	295	316	-	347	-	-	-	345	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaft											
	Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	2 291	2 152	-	2 133	-	-	-	-	-
	Bundesanteil an den Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	2 038	1 871	-	1 905	-	-	-	-	-
	Lohnsteuer	Mill. DM	851	831	-	801	-	-	-	803	-
	veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	119	86	-	69	-	-	-	32	-
	Körperschaftsteuer	Mill. DM	136	127	-	122	-	-	-	132	-
	Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	854	751	-	823	-	-	-	-	-
	Steuereinnahmen des Landes ⁴	Mill. DM	2 461	2 495	-	2 492	-	-	-	2 388	-
	Landesanteil an den Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	2 117	2 070	-	2 126	-	-	-	2 048	-
	Lohnsteuer und Lohnsteuerzerlegung	Mill. DM	1 045	936	-	905	-	-	-	895	-
	veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	115	81	-	60	-	-	-	22	-
	Körperschaftsteuer	Mill. DM	125	116	-	98	-	-	-	111	-
	Umsatzsteuer	Mill. DM	610	687	-	808	-	-	-	744	-
	Steuereinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände	Mill. DM	776	847	-	875	-	-	-	859	-
	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵	Mill. DM	229	242	-	270	-	-	-	269	-
	Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	417	397	-	344	-	-	-	325	-

¹ Bestand an Krediten und Einlagen am Monatsende. Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 01.01.1996 einschließlich Raiffeisenbanken

² einschließlich durchlaufender Kredite ³ Durchschnitt aus den Beständen in den Monaten März, Juni, September, Dezember

⁴ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen ⁵ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

	1995	1996	1996			1997			
	Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
PREISE									
Preisindexziffern im Bundesgebiet 1991 = 100									
Einfuhrpreise ²	97,3	97,8	96,9	97,6	98,2	101,2	102,1	101,6	...
Ausfuhrpreise ²	103,3	103,5	103,2	103,3	103,5	105,4	105,7	105,6	...
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes ²	101,1	98,8	98,2	98,5	98,8	101,1	101,5
Erzeugerpreise									
gewerblicher Produkte ²	104,0	103,5	103,4	103,6	103,8	104,8	105,0	105,1	...
landwirtschaftlicher Produkte ²	91,6	91,1	92,3	91,3	89,1
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude ¹	115,4	115,3	115,4	.	.	.	114,9	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ²	103,1	105,6	105,7	106,0	105,6	107,7
Einzelhandelspreise	106,7	107,6	107,4	107,5	107,7	108,2	108,3	108,2	108,3
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ¹	112,5	114,1	114,5	114,4	114,4	116,6	116,8	116,5	116,3
darunter für									
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ¹	108,6	109,6	109,6	109,1	109,0	111,8	111,3	111,2	111,1
Bekleidung, Schuhe ¹	108,4	109,3	109,2	109,4	109,5	109,6	109,7	109,8	110,0
Wohnungsmieten ¹	121,3	124,8	125,1	125,4	125,7	128,4	128,5	128,6	128,7
Energie (ohne Kraftstoffe) ¹	101,4	99,6	98,6	100,8	102,4	101,0	101,9	101,4	102,4
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung ¹	109,9	110,9	111,0	111,0	111,1	111,6	111,7	111,7	111,7
LÖHNE UND GEHÄLTER³									
- Effektivverdienste in DM -									
Arbeiter im Produzierenden Gewerbe⁴									
Bruttowochenverdienste									
männliche Arbeiter	1 001	1 022	.	.	1 027	1 035
darunter Facharbeiter	1 051	1 075	.	.	1 082	1 089
weibliche Arbeiter	721	734	.	.	735	750
darunter Hilfsarbeiter	688	698	.	.	700	713
Bruttostundenverdienste									
männliche Arbeiter	26,01	26,71	.	.	26,81	26,87
darunter Facharbeiter	27,45	28,27	.	.	28,39	28,51
weibliche Arbeiter	19,08	19,59	.	.	19,56	20,09
darunter Hilfsarbeiter	18,09	18,49	.	.	18,46	18,99
bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	38,3	38,1	.	.	38,3	38,5
weibliche Arbeiter (Stunden)	37,8	37,4	.	.	37,6	37,4
Angestellte, Bruttomonatsverdienste									
Produzierendes Gewerbe⁴									
kaufmännische Angestellte									
männlich	6 221	6 434	.	.	6 484	6 559
weiblich	4 322	4 495	.	.	4 524	4 634
technische Angestellte									
männlich	6 361	6 575	.	.	6 596	6 602
weiblich	4 358	4 520	.	.	4 545	4 587
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe									
kaufmännische Angestellte									
männlich	5 071	5 076	.	.	5 083	5 141
weiblich	3 681	3 689	.	.	3 691	3 769
technische Angestellte									
männlich	4 522	4 810	.	.	4 789	4 771
weiblich	3 523	3 354	.	.	3 326	3 287
Produzierendes Gewerbe ⁴ , Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe zusammen									
kaufmännische Angestellte									
männlich	5 404	5 419	.	.	5 435	5 500
weiblich	3 855	3 870	.	.	3 878	3 959
technische Angestellte									
männlich	6 116	6 254	.	.	6 261	6 254
weiblich	4 236	4 413	.	.	4 440	4 479

¹ Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

² ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

³ Mit der Zuordnung der Berichtsbetriebe zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), ist kein Vergleich mit den Ergebnissen vor 1996 möglich.

⁴ Handwerk nur im Hoch- und Tiefbau enthalten

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31.07.1997			Bevölkerungsveränderung im Juli 1997			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Oktober 1997 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Bevölkerungszunahme (+) oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²	Verletzte
		Vormonat	Vorjahresmonat ¹						
		%							
FLensburg	86 046	- 0,1	- 0,8	+ 8	- 96	- 88	25	-	32
KIEL	242 064	- 0,1	- 1,0	- 16	- 216	- 232	113	1	155
LÜBECK	215 414	+ 0,0	- 0,2	- 10	+ 40	+ 30	94	-	128
NEUMÜNSTER	81 693	+ 0,1	- 0,1	+ 19	+ 73	+ 92	51	1	60
Dithmarschen	135 551	+ 0,1	+ 0,9	+ 50	+ 120	+ 170	68	2	90
Herzogtum Lauenburg	173 340	+ 0,2	+ 1,4	+ 36	+ 229	+ 265	57	7	82
Nordfriesland	161 868	+ 0,2	+ 0,9	+ 41	+ 233	+ 274	86	3	107
Ostholstein	199 059	+ 0,1	+ 0,5	- 54	+ 285	+ 231	77	3	100
Pinneberg	285 684	+ 0,1	+ 0,7	+ 62	+ 120	+ 182	137	2	205
Plön	128 651	+ 0,1	+ 2,0	+ 9	+ 136	+ 145	39	-	47
Flensburg-Eckernförde	262 286	+ 0,2	+ 1,0	+ 35	+ 377	+ 412	114	4	145
Schleswig-Flensburg	192 280	+ 0,2	+ 1,5	+ 44	+ 266	+ 310	62	1	86
Segeberg	241 132	+ 0,1	+ 1,2	+ 64	+ 279	+ 343	116	1	160
Steinburg	134 629	+ 0,1	+ 0,9	+ 8	+ 127	+ 135	44	1	60
Stormarn	212 411	+ 0,1	+ 1,0	+ 34	+ 234	+ 268	95	3	119
Schleswig-Holstein	2 752 108	+ 0,1	+ 0,7	+ 330	+ 2 207	+ 2 537	1 178	29	1 576

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³			Kraftfahrzeugbestand ⁵ am 01.07.1997		
	Betriebe am 31.10.1997	Beschäftigte am 31.10.1997	Umsatz ⁴ im Oktober 1997 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁶	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷
FLensburg	53	9 046	418	44 659	38 926	452
KIEL	112	15 721	292	121 903	106 082	438
LÜBECK	108	14 860	365	112 411	98 426	457
NEUMÜNSTER	56	6 899	159	46 897	40 482	496
Dithmarschen	59	6 593	423	89 226	71 426	527
Herzogtum Lauenburg	94	7 551	157	111 271	94 595	546
Nordfriesland	51	2 960	100	108 523	87 300	539
Ostholstein	77	5 356	152	124 981	105 127	528
Pinneberg	177	17 276	510	174 518	149 132	522
Plön	35	2 446	58	78 767	65 432	509
Flensburg-Eckernförde	108	7 359	195	169 588	139 809	533
Schleswig-Flensburg	70	4 237	123	126 630	102 006	531
Segeberg	181	16 027	542	167 180	140 452	582
Steinburg	76	8 673	245	87 626	71 185	529
Stormarn	166	19 712	577	142 156	122 342	576
Schleswig-Holstein	1 433	144 716	4 318	1 706 336	1 432 722	521

¹ nach dem Gebietsstand vom 30.04.1997

² einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

³ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, ab Januar 1995 neue Berichtskreisabgrenzung aufgrund neuer Systematik; Vergleich mit davorliegenden Zeiträumen nicht gegeben.

⁴ ohne Umsatzsteuer

⁵ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

⁶ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁷ Bevölkerungsstand: Juli 1997

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

Erweiterte Kreiszahlen Schleswig-Holstein

KREISFREIE STADT Kreis	Fläche am 31.12.1996 in km ²	Gemeinden am 31.12.1996	Bevölkerung am 31.12.1996			Eheschließungen 1996		Lebendgeborene 1996	
			insgesamt	männlich	Einwohner je km ²	Anzahl	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 1 000 Einw.
FLENSBURG	56,44	1	86 630	41 707	1 535	464	5,3	997	11,5
KIEL	116,82	1	243 728	117 864	2 086	1 293	5,3	2 496	10,2
LÜBECK	214,14	1	215 673	101 890	1 007	1 354	6,2	2 160	10,0
NEUMÜNSTER	71,56	1	81 796	39 437	1 143	457	5,6	858	10,4
Dithmarschen	1 436,35	117	134 927	66 250	94	936	7,0	1 513	11,2
Herzogtum Lauenburg	1 263,01	133 ^a	172 133	83 548	136	1 037	6,1	1 746	10,2
Nordfriesland	2 049,42	137	160 725	79 102	78	1 622	10,1	1 825	11,4
Ostholstein	1 391,56	39	198 276	95 602	142	1 210	6,1	1 832	9,2
Pinneberg	664,27	49	284 854	139 626	429	1 786	6,3	2 988	10,5
Plön	1 082,57	86	127 167	64 051	117	791	6,3	1 184	9,4
Rendsburg-Eckernförde	2 185,76	166	260 723	128 806	119	1 614	6,2	2 627	10,9
Schleswig-Flensburg	2 071,50	136	190 659	94 942	92	1 384	7,3	2 096	11,0
Segeberg	1 344,32	95 ^b	239 705	117 481	178	1 402	5,9	2 577	10,8
Steinburg	1 056,25	114	133 974	66 021	127	853	6,4	1 459	10,9
Stormarn	766,29	55	211 323	102 999	276	1 629	7,7	2 208	10,5
Schleswig-Holstein	15 770,28	1 131 ^{a, b}	2 742 293	1 339 326	174	17 832	6,5	28 766	10,5

KREISFREIE STADT Kreis	Gestorbene (ohne Totgeborene) 1996		Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Über die Kreisgrenze		Wande- rungs- gewinn (+) oder -verlust (-)	Ärzte am 31.12.1996		Zahnärzte am 31.12.1996
	Anzahl	je 1 000 Einwohner		Zugezogene 1996	Fortgezogene 1996		ins- gesamt	darunter Praxisinhaber	
FLENSBURG	1 041	12,0	- 44	5 877	6 479	- 602	409	173	75
KIEL	2 753	11,2	- 257	13 292	15 340	- 2 048	1 553	514	304
LÜBECK	2 939	13,6	- 779	10 394	10 928	- 534	1 289	437	188
NEUMÜNSTER	1 017	12,4	- 159	3 295	3 368	- 73	315	126	67
Dithmarschen	1 618	12,0	- 105	5 506	3 902	+ 1 604	340	169	91
Herzogtum Lauenburg	1 945	11,4	- 199	9 290	7 016	+ 2 274	370	207	109
Nordfriesland	1 723	10,7	+ 102	7 594	6 019	+ 1 575	490	204	95
Ostholstein	2 455	12,4	- 623	9 444	7 923	+ 1 521	707	294	153
Pinneberg	3 011	10,6	- 23	14 181	11 842	+ 2 339	596	345	212
Plön	1 380	10,9	- 196	8 452	6 480	+ 1 972	233	149	90
Rendsburg-Eckernförde	2 834	10,9	- 7	12 988	10 298	+ 2 690	703	334	197
Schleswig-Flensburg	2 189	11,5	- 93	9 952	7 329	+ 2 623	419	228	120
Segeberg	2 452	10,3	+ 125	12 648	10 151	+ 2 497	666	271	165
Steinburg	1 617	12,1	- 158	6 739	5 791	+ 948	316	162	83
Stormarn	2 340	11,1	- 132	12 401	9 807	+ 2 594	479	262	146
Schleswig-Holstein	31 314	11,4	- 2 548	142 053	122 673	+ 19 380	8 885	3 875	2 095

^a einschließlich Forstgutsbezirk Sachsenwald
^b einschließlich Forstgutsbezirk Buchholz

Erweiterte Kreiszahlen
Schleswig-Holstein

KREISFREIE STADT Kreis	Wohnungsbestand am 31.12.1996		Kraftfahrzeugbestand am 01.07.1997				Personenkraft- wagen ⁴ je 1 000 Einw. ⁵
	Wohngebäude ¹	Wohnungen ^{1, 2}	insgesamt ³	darunter			
				Personenkraft- wagen ⁴	Lastkraft- wagen	Zug- maschinen ⁵	
FLENSBURG	13 499	45 142	44 659	38 926	2 185	306	452
KIEL	33 047	125 474	121 903	106 082	5 278	662	438
LÜBECK	38 421	108 296	112 411	98 426	5 373	999	457
NEUMÜNSTER	16 820	39 272	46 897	40 482	2 514	588	496
Dithmarschen	42 617	60 636	89 226	71 426	4 090	7 052	528
Herzogtum Lauenburg	43 085	72 627	111 271	94 595	4 710	4 414	547
Nordfriesland	50 790	79 110	108 523	87 300	4 918	8 110	540
Ostholstein	52 061	97 543	124 981	105 127	5 255	5 055	529
Pinneberg	63 885	127 742	174 518	149 132	8 516	5 029	522
Plön	33 034	55 083	78 767	65 432	3 011	4 042	509
Rendsburg-Eckernförde	68 036	110 152	169 588	139 809	7 359	9 470	534
Schleswig-Flensburg	51 565	78 509	126 630	102 006	5 217	9 154	531
Segeberg	56 391	99 967	167 180	140 452	8 536	6 198	583
Steinburg	34 999	58 050	87 626	71 185	4 239	5 496	529
Stormarn	50 370	91 228	142 156	122 342	6 811	3 406	577
Schleswig-Holstein	649 120	1 248 831	1 706 336	1 432 722	78 012	69 981	521

KREISFREIE STADT Kreis	Bruttoausgaben der Sozialhilfe 1995				Empfänger ⁷ von Sozialhilfe 1995	
	Hilfe zum Lebensunterhalt	Hilfe in besonderen Lebenslagen	insgesamt	DM je Einwohner	Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb und innerhalb von Einrichtungen am 31.12.	
					insgesamt	je 1 000 Einwohner
	1 000 DM					
FLENSBURG	54 441	71 173	125 615	1 439	7 910	91
KIEL ⁸	182 548	184 243	366 791	1 491	18 575	76
LÜBECK	114 251	155 807	270 059	1 245	13 145	61
NEUMÜNSTER	50 963	49 436	100 400	1 224	4 843	59
Dithmarschen	30 387	62 556	92 943	697	4 785	36
Herzogtum Lauenburg	38 531	78 505	117 036	688	6 282	37
Nordfriesland	36 720	71 093	107 813	678	5 189	33
Ostholstein	45 187	84 429	129 616	657	6 496	33
Pinneberg	88 732	125 374	214 106	758	10 708	38
Plön	24 348	53 197	77 544	618	3 474	28
Rendsburg-Eckernförde	61 673	118 545	180 217	698	8 398	33
Schleswig-Flensburg	44 519	80 968	125 486	667	5 221	28
Segeberg	39 504	85 987	125 491	529	6 391	27
Steinburg	29 313	62 326	91 639	688	4 664	35
Stormarn	32 403	80 957	113 361	543	5 283	25
Schleswig-Holstein	873 518	1 364 596	2 238 115	821	111 364	41

¹ ohne Wohnheime

² in Wohn- und Nichtwohngebäuden

³ mit amtlichem Kennzeichen

⁴ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁵ zulassungspflichtige

⁶ Bevölkerungsstand 30.06.1997

⁷ ohne Nichtseßhafte und ohne solche, die nur einmalig Hilfe zum Lebensunterhalt bekommen

⁸ einschließlich Empfänger des überörtlichen Trägers

Erweiterte Kreiszahlen
Schleswig-Holstein

KREISFREIE STADT Kreis	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände							
	Steuern und steuerähnliche Einnahmen 1996 ^a							
	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt (netto)		Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital			Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
					Aufkommen	Gewerbesteuer- umlage	Einnahmen	
1 000 DM	DM je Einwohner ¹	1 000 DM						
FLensburg	126 770	1 462	53	16 504	75 440	17 084	58 357	49 832
KIEL	363 389	1 484	166	51 743	191 934	31 455	160 480	140 995
LÜBECK	264 129	1 222	377	44 075	120 218	24 579	95 639	117 975
NEUMÜNSTER	92 084	1 125	141	16 279	35 257	7 630	27 627	46 383
Dithmarschen	126 624	944	3 280	17 487	56 083	15 182	40 900	62 198
Herzogtum Lauenburg	167 865	983	2 039	23 825	46 596	12 302	34 293	104 243
Nordfriesland	157 427	984	4 509	26 970	52 768	13 291	39 476	75 181
Ostholstein	202 101	1 022	3 510	31 202	69 332	17 670	51 663	102 460
Pinneberg	370 787	1 309	2 122	43 154	144 070	39 083	104 988	212 410
Plön	106 109	842	2 288	16 522	20 919	4 746	16 173	68 338
Rendsburg-Eckernförde	251 251	970	4 134	32 127	83 604	20 677	62 927	147 756
Schleswig-Flensburg	149 868	792	4 222	22 475	43 745	9 747	33 998	85 511
Segeberg	310 300	1 304	2 229	33 165	148 137	39 631	108 507	163 194
Steinburg	149 867	1 125	2 010	19 463	71 501	18 191	53 311	73 304
Stormarn	254 142	1 211	1 497	33 064	105 547	24 505	81 042	136 279
Schleswig-Holstein	3 092 715	1 133	32 577	428 056	1 265 150	295 771	969 379	1 586 057

KREISFREIE STADT Kreis	Noch: Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände									
	Realsteueraufbringungskraft 1996 ^b				Steuereinnahmekraft ² der Gemeinden 1996		Baumaßnahmen 1996			
	insgesamt		aus Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital				Gemeinden und Gemeindeverbände		Kreisangehörige Gemeinden und Ämter	
	1 000 DM	DM je Einw. ¹	1 000 DM	DM je Einw. ¹	1 000 DM	DM je Einw. ¹	1 000 DM	DM je Einw. ¹	1 000 DM	DM je Einw. ¹
FLensburg	80 176	924	67 795	782	109 772	1 266	41 476	478	-	-
KIEL	184 919	755	150 423	614	282 105	1 152	99 096	405	-	-
LÜBECK	130 832	605	101 284	469	215 636	998	101 669	470	-	-
NEUMÜNSTER	44 755	547	31 684	387	79 730	974	29 240	357	-	-
Dithmarschen	84 011	627	60 641	452	127 279	949	59 772	446	52 538	392
Herzogtum Lauenburg	79 437	465	50 424	295	163 938	960	112 208	657	107 626	631
Nordfriesland	88 421	553	55 445	347	143 165	895	113 810	711	106 645	667
Ostholstein	107 927	546	72 478	367	184 712	934	85 387	432	75 445	382
Pinneberg	210 260	742	157 415	556	368 321	1 300	95 334	337	93 654	331
Plön	43 579	346	23 007	183	103 710	823	58 950	468	55 005	436
Rendsburg-Eckernförde	133 402	515	92 908	359	247 201	954	143 062	552	134 819	520
Schleswig-Flensburg	77 612	410	47 913	253	151 198	800	115 972	613	104 507	553
Segeberg	201 731	848	158 391	666	314 402	1 321	149 276	627	119 576	503
Steinburg	103 485	777	79 702	598	152 620	1 146	82 552	620	76 575	575
Stormarn	155 367	740	116 006	553	280 024	1 334	97 178	463	91 800	437
Schleswig-Holstein	1 725 913	632	1 265 515	463	2 923 814	1 071	1 384 984	507	1 289 673	614

¹ Bevölkerungsstand 30.06.1996

² Realsteueraufbringungskraft abzüglich Gewerbesteuerumlage und zuzüglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

^a kassenmäßige Einnahmen gemäß vierteljährlicher Finanzstatistik

^b Summe der Grundbeträge multipliziert mit dem landesdurchschnittlichen Hebesatz. Die Grundbeträge ergeben sich, indem man je Gemeinde die kassenmäßigen Einnahmen durch den jeweiligen Hebesatz dividiert und diesen Quotienten mit 100 multipliziert

		Noch: Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände					
KREISFREIE STADT		Schulden am 31.12.1996 (ohne Kassenkredite)				vollzeitbeschäftigtes Personal am 30.06.1996	
Kreis		Gemeinden und Gemeindeverbände		Kreisfreie Städte, kreisangehörige Gemeinden und Amtsverwaltungen		Gemeinden und Gemeindeverbände	
		1 000 DM	je Einw. ¹	1 000 DM	je Einw. ¹	Anzahl	je 10 000 Einw. ¹
FLENSBURG		267 491	3 315	267 491	3 315	1 561	180
KIEL		832 732	3 402	832 732	3 402	5 647	231
LÜBECK		845 633	3 913	845 633	3 913	6 019	278
NEUMÜNSTER		240 138	2 933	240 138	2 933	1 174	143
Dithmarschen		146 794	1 095	116 690	870	2 098	156
Herzogtum Lauenburg		186 230	1 091	171 006	1 002	1 733	102
Nordfriesland		332 520	2 079	288 190	1 802	3 169	198
Ostholstein		316 626	1 602	253 294	1 281	2 315	117
Pinneberg		384 590	1 358	254 730	899	3 913	138
Plön		249 241	1 977	209 104	1 659	1 406	112
Rendsburg-Eckernförde		275 425	1 063	252 659	975	3 278	127
Schleswig-Flensburg		224 647	1 188	145 961	772	1 701	90
Segeberg		360 534	1 515	215 006	904	2 677	112
Steinburg		186 130	1 397	142 606	1 071	1 440	108
Stormarn		211 316	1 007	150 422	717	2 154	103
Schleswig-Holstein		5 080 047	1 860	4 405 662	1 613	40 285	148

		Betriebsgrößenstruktur der Landwirtschaft einschließlich Gartenbau 1996					
KREISFREIE STADT		landwirtschaftliche Betriebe (HPR) mit 1 und mehr ha landw. genutzter Fläche (LF)					
Kreis	ins-gesamt	davon mit ... bis unter ... ha LF					
		1 - 5	5 - 10	10 - 20	20 - 30	30 - 50	50 und mehr
FLENSBURG	26	12	4	3	2	3	2
KIEL	95	52	16	4	2	7	14
LÜBECK	186	83	15	12	10	17	49
NEUMÜNSTER	88	35	13	8	3	9	20
Dithmarschen	2 540	698	246	188	167	346	895
Herzogtum Lauenburg	1 443	458	112	103	64	166	540
Nordfriesland	3 610	829	335	322	285	589	1 250
Ostholstein	1 640	412	163	133	97	186	649
Pinneberg	1 581	496	276	231	126	212	240
Plön	1 412	402	150	117	106	180	457
Rendsburg-Eckernförde	3 386	862	352	300	258	454	1 160
Schleswig-Flensburg	3 482	826	324	273	200	508	1 351
Segeberg	2 190	670	208	210	173	303	626
Steinburg	1 854	414	173	154	124	325	664
Stormarn	1 221	406	141	108	73	137	356
Schleswig-Holstein	24 754	6 655	2 528	2 166	1 690	3 442	8 273

¹ Bevölkerungsstand 30.06.

Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt					Verarbeitendes Gewerbe ²		
	Einwohner am 31.12.1996		Arbeitslose Ende Oktober 1997			Kurzarbeiter Mitte Oktober 1997	offene Stellen Ende Oktober 1997	Be- schäftigte am 31.08.1997	Umsatz ³ im August 1997	
	1 000	Veränderung ¹	1 000	Veränderung ¹	Arbeitslosen- quote				1 000	1 000
		%		%	%					
Baden-Württemberg	10 374,5	+ 0,5	371,3	+ 4,7	8,5	14,1	45,6	1 218	26 090	34
Bayern	12 043,9	+ 0,4	408,3	+ 7,0	8,1	15,9	48,8	1 172	29 076	37
Berlin	3 458,8	- 0,4	270,3	+ 15,6	17,6	4,4	8,3	124	4 921	20
Brandenburg	2 554,4	+ 0,5	218,7	+ 21,8	18,9	6,5	7,3	91	2 198	16
Bremen	677,8	- 0,3	46,8	+ 4,1	16,8	1,0	2,9	67	2 639	47
Hamburg	1 708,0	+ 0,0	92,9	+ 11,1	13,1	1,9	5,8	107	9 639	13
Hessen	6 027,3	+ 0,3	255,1	+ 9,3	10,1	5,7	18,0	472	11 052	30
Mecklenburg-Vorpommern	1 817,2	- 0,3	169,0	+ 20,0	20,3	4,2	6,2	44	1 016	10
Niedersachsen	7 815,1	+ 0,4	397,9	+ 6,3	12,4	8,7	30,4	544	15 378	32
Nordrhein-Westfalen	17 947,7	+ 0,3	864,6	+ 3,9	11,9	24,9	63,6	1 524	40 114	30
Rheinland-Pfalz	4 000,6	+ 0,6	155,6	+ 4,0	9,8	4,9	17,9	307	8 293	42
Saarland	1 084,2	- 0,0	54,9	+ 4,0	13,2	1,3	4,6	105	1 822	33
Sachsen	4 545,7	- 0,5	379,7	+ 28,7	18,6	9,2	18,6	199	3 592	14
Sachsen-Anhalt	2 723,6	- 0,6	269,3	+ 20,9	21,6	6,9	13,6	103	2 321	18
Schleswig-Holstein	2 742,3	+ 0,6	122,1	+ 10,3	10,7	3,4	7,6	144	3 805	27
Thüringen	2 491,1	- 0,5	213,9	+ 20,9	18,8	4,5	11,6	108	1 918	16
Bundesrepublik Deutschland	82 012,2	+ 0,2	4 290,3	+ 11,0	12,4	117,6	311,0	6 331	163 875	31
Nachrichtlich:										
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	66 583,4	+ 0,4	2 922,4	+ 5,5	10,6	84,4	249,9	5 765	152 388	32
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	15 428,7	- 0,3	1 367,9	+ 24,6	19,5	33,2	61,1	566	11 487	15

Bundesland	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau			Wohnungs- wesen	Fremdenverkehr ⁵ im Juli 1997		Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden ⁶ im August 1997				
	Beschäftigte am 30.06.1997	Baugewerblicher Umsatz ³ im Juni 1997		Zahl der genehmigten Wohnungen im Juni 1997	Ankünfte	Übernachtungen	Unfälle		Verunglückte		
		1 000	Mill. DM				Ver- änderung ¹	Anzahl	Ver- änderung ¹	Anzahl	Ver- änderung ¹
	%			%	%						
Baden-Württemberg	120	1 973	- 0,1	5 357	1 214 213	3 763 928	- 8,0	3 450	+ 9,6	4 644	135
Bayern	194	3 029	- 2,0	6 773	2 061 787	7 621 367	- 9,5	5 770	+ 5,6	7 954	138
Berlin	46	1 114	+ 1,8	1 573	285 761	682 545	+ 13,0	1 929	+ 0,3	2 275	118
Brandenburg	64	899	- 16,3	3 339	230 990	861 742	- 3,1	1 725	+ 2,7	2 272	132
Bremen	7	162	- 2,9	152	44 922	86 259	+ 2,5	271	- 19,1	324	120
Hamburg	17	380	- 10,6	699	207 280	376 693	+ 7,9	932	- 3,9	1 212	130
Hessen	69	1 116	- 5,0	3 221	795 673	2 257 084	- 9,3	2 356	+ 2,2	3 204	136
Mecklenburg-Vorpommern	44	669	- 5,2	1 414	406 682	1 968 315	- 0,3	1 243	+ 6,9	1 708	137
Niedersachsen	108	1 749	- 4,6	4 318	854 127	3 891 574	- 5,7	3 669	- 14,5	4 989	136
Nordrhein-Westfalen	180	2 918	- 3,9	7 459	950 589	2 895 807	- 5,8	6 421	- 11,0	8 187	128
Rheinland-Pfalz	44	725	+ 5,9	2 343	507 885	1 685 250	- 5,6	1 638	+ 2,2	2 170	132
Saarland	13	206	+ 5,3	582	54 140	189 580	- 3,2	431	- 9,3	583	135
Sachsen	116	1 718	- 11,3	3 896	375 590	1 214 368	+ 4,2	1 593	- 25,0	2 102	132
Sachsen-Anhalt	74	1 083	- 7,7	1 636	175 965	497 910	- 4,5	1 283	- 13,4	1 743	136
Schleswig-Holstein	39	606	- 5,7	1 747	519 221	3 473 955	- 6,8	1 643	+ 1,4	2 183	133
Thüringen	57	797	- 0,5	1 668	235 947	765 614	- 4,4	1 119	- 5,6	1 585	142
Bundesrepublik Deutschland	1 191	19 143	- 4,3	46 177	8 920 772	32 231 991	- 6,0	36 305	- 1,8	48 226	133
Nachrichtlich:											
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	820	13 671	- 2,3	33 078	7 419 532	26 740 734	- 7,2	28 583	- 0,3	37 879	133
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	371	5 473	- 9,0	13 099	1 501 240	5 491 257	+ 0,0	7 722	- 7,0	10 347	134

¹ gegenüber Vorjahresmonat

² Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

³ ohne Umsatzsteuer

⁴ Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz in %

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten

⁶ Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

Gedruckt im
Statistischen Landesamt
Schleswig-Holstein

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- () = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- ≐ = entspricht